

Handlungsmöglichkeiten
Możliwości działania
Possible courses of action

In der Führungspitze des Deutschen Reiches waren Anführer einer neuen
wie in der Lagerführung von Auschwitz. Es trugen meist persönliche Verantwortung
für das Massaker. An die entsprechende Verantwortlichkeit übertragen
aber Funktionäre und Funktionäre auf allen Ebenen ihres Lebens.

Das NS-Regime forderte von Bürgern ein ethisches Verhalten. Die Mehrheit der
Ausschläge der Verantwortung lagte sich in kollektiven Entscheidungen, in
die Mäntel aus dem neuen nationalsozialistischen Regime, in
oder verpflichtet. Eine Mehrheit trug die Verantwortung, obwohl eine
von der durch vorhandene Lebensverhältnisse. Für alle vom NS-Regime
wurde der Handlungsspielraum immer enger.

Das NS-Regime in Auschwitz bot eine Möglichkeit, gegen die
Anführer zu handeln und ihre Identität zu bewahren. Die
Anführer des Regimes, die sich nicht an die Anführer des Regimes
selbst angeschlossen haben, sondern sich an die Anführer des Regimes
geschlossen haben, sind die Anführer des Regimes. Sie
haben die Verantwortung für das Massaker übernommen, die
Anführer des Regimes im Lager, die sich nicht an die Anführer des Regimes
geschlossen haben.

Auschitz remained the only extermination camp. A later attempt
was made to build a second camp in Poland. The project was
abandoned as it was not possible to build a second camp in
Poland. The project was abandoned as it was not possible to
build a second camp in Poland.

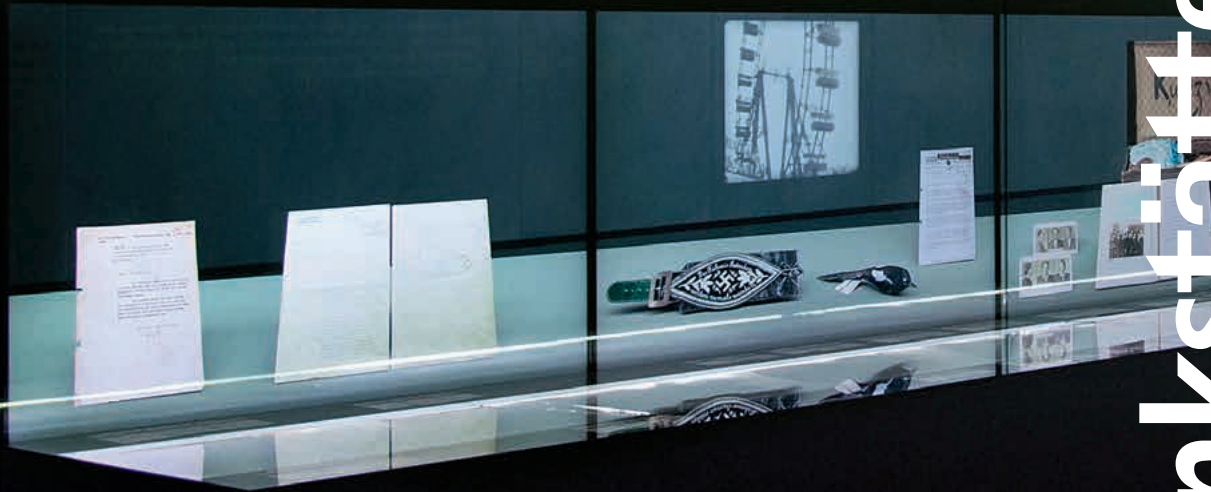
As the regime's grip on power grew, the role of the
Anführer became more important. The Anführer were
responsible for the implementation of the regime's policies.
The Anführer were responsible for the implementation of the
regime's policies. The Anführer were responsible for the
implementation of the regime's policies.

The Anführer were responsible for the implementation of the
regime's policies. The Anführer were responsible for the
implementation of the regime's policies. The Anführer were
responsible for the implementation of the regime's policies.
The Anführer were responsible for the implementation of the
regime's policies. The Anführer were responsible for the
implementation of the regime's policies.

Just as there was a limit to the German Reich's territorial
expansion, there was also a limit to the concentration of power
in the hands of a few people. The Anführer were
responsible for the implementation of the regime's policies.
The Anführer were responsible for the implementation of the
regime's policies. The Anführer were responsible for the
implementation of the regime's policies.

From the outset, the Nazi regime demanded absolute
loyalty. The Anführer were responsible for the
implementation of the regime's policies. The Anführer
were responsible for the implementation of the regime's
policies. The Anführer were responsible for the
implementation of the regime's policies.

There was also the issue of the Anführer's role in the
regime's policies. The Anführer were responsible for the
implementation of the regime's policies. The Anführer
were responsible for the implementation of the regime's
policies. The Anführer were responsible for the
implementation of the regime's policies.



- 3 Neue Perspektiven. Die österreichische Ausstellung in Auschwitz
Michael Doujak und Claire Fritsch
- 12 Datenträger-Archäologie:
Drei Fundkomplexe mit Personendaten aus NS-Lagern in Brandenburg geben
Auskunft über die Arbeitsverhältnisse von Zwangsarbeitenden und deutschen
Beschäftigten
Thomas Kersting
- 19 »Erinnerung ins Land tragen!« – Einblicke in ein gedenkstättenpädagogisches
Ausbildungsprojekt aus Schleswig-Holstein und dessen Potenziale für andere
Gedenkstätten für NS-Opfer
Freya Kurek
- 31 Gegenwartsbezüge in der Gedenkstättenarbeit –
Eine Positionsbestimmung der Fachkommission der Stiftung Hamburger Gedenk-
stätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen
- 34 Arbeitende Gedenkstätten – Gedenkstätten sind Arbeit. Der Arbeitskreis Räume
Öffnen: Eine Intervention von Redaktionskollektiv AK Räume Öffnen
Redaktionskollektiv des Arbeitskreis Räume Öffnen
- 42 Zur Situation der Homosexuellen im Dritten Reich –
Anmerkungen zu Alexander Zinns Forschungsübersicht im Gedenkstättenrundbrief
202, Juni 2021
Burkhard Jellonek
- 45 Gedenken an Herbert Obenaus
Rolf Wernstedt
- 48 Veranstaltungshinweise
- 53 66. bundesweites Gedenkstättenseminar:
Diversität – Partizipation – Inklusion.
Selbstverständnis und Praxis in Gedenkstätten und Dokumentationszentren
Bonn/Vogelsang, 29. Juni – 2. Juli 2022
Programm und Hinweis zur Anmeldung
- 56 Literaturhinweise

Neue Perspektiven. Die österreichische Ausstellung in Auschwitz¹

Michael Doujak und Claire Fritsch

Einleitung

Am 4. Oktober 2021 wurde die neue österreichische Länderausstellung »Entfernung – Österreich und Auschwitz« in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau in Polen eröffnet und damit ein langjähriges Projekt des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus vollendet. Zur Gedenkfeier anlässlich der Eröffnung im Staatsmuseum Auschwitz-Birkenau luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Direktor des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau Piotr M. A. Cywiński. Der Feier wohnten der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen, zahlreiche österreichische und polnische Staats- und Regierungsvertreterinnen und -vertreter, Auschwitz-Überlebende sowie Angehörige und Nachkommen bei. Moderiert wurde die Feier von Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds, der mit der Koordinierung der Planung und Abwicklung des Gesamtprojekts beauftragt war. Die neue Ausstellung stellt sowohl gestalterisch als auch inhaltlich eine grundlegende Überarbeitung der Ausstellung aus dem Jahr 1978 dar, die nicht zuletzt einem Wandel der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur Österreichs geschuldet ist. Innerhalb der Länderausstellungen auf dem Gelände der Gedenkstätte, die vor allem auf das Schicksal der jeweiligen nach Auschwitz deportierten Bevölkerung eingehen, nimmt nun Österreich einen besonderen Platz ein. Die Ausstellung stellt sowohl das Schicksal der österreichischen Opfer in Auschwitz, den Widerstand von österreichischen Häftlingen im Konzentrationslager als auch die Involvierung von Österreichern als Täterinnen und Täter sowie Helferinnen und Helfer an den dort begangenen Verbrechen dar.



Generalsekretärin Hannah Lessing, Museumsdirektor Piotr Cywiński, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, IKG-Vizepräsidentin Claudia Prutscher und IKG-Präsident Oskar Deutsch in Birkenau im Rahmen der Ausstellungsfeierlichkeiten. Foto: Johannes Zinner, Parlamentsdirektion

Der Paradigmenwechsel

»Und auch, wenn Österreich als Staat nicht mehr existierte, sondern als Ostmark Teil des sogenannten Dritten Reiches war, so waren doch viele Menschen unseres Landes, teils an führender Stelle, unter den Tätern und Täterinnen in diesem Vernichtungsprogramm. Wir alle kennen diese Geschichte und doch war es lange Zeit Staatsdoktrin, dass Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus sei. Unter Ausblendung der Vorgeschichte und der Täter- und Täterinnenschaft vieler Menschen unseres Landes.«²

Bundespräsident Alexander Van der Bellen nannte in seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung einen wesentlichen Grund, der zur Neugestaltung der österreichischen Ausstellung führte. Dies war die im Eingangsbereich der ehemaligen Ausstellung propagierte »Opferthese«. Die Grafik mit dem Schriftzug »11. März 1938: Österreich – Erstes Opfer des Nationalsozialismus« entwickelte sich zum Widerspruch zum durch die Republik Österreich ab den 1990er-Jahren eingestandenen Bekenntnis zur Mittäterschaft an den Verbrechen des Nationalsozialismus.³ Im Rahmen des Holocaust-Gedenktags in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen am 27. Januar 2022 sagte Bundeskanzler Karl Nehammer zudem: »Ich entschuldige mich im Namen der Republik für die hier begangenen Verbrechen. Ich verspreche, dass die österreichische Regierung alles zur Bekämpfung des Antisemitismus tun wird.«⁴

Die von Bundespräsident Van der Bellen genannte Ausblendung der Beteiligung von Österreicherinnen und Österreichern an den NS-Verbrechen im nationalen Narrativ, die die Ausstellung von 1978 prägte, rief ab den 2000er-Jahren zunehmend Kritik hervor.⁵ Eine Neugestaltung der Ausstellung wurde gefordert. Auf Initiative des Österreichischen Generalkonsulats in Krakau, des Nationalfonds der Republik Österreich und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wies ab 2005 ein Banner im Eingangsbereich der Ausstellung darauf hin, dass das dort dargestellte Geschichtsbild vom offiziellen Österreich nicht mehr vertreten werde. Im Regierungsprogramm von 2008 wurde die Neugestaltung der Ausstellung verankert und diese Aufgabe dem Nationalfonds übertragen.⁶

Die Ausstellung von 1978

Zur Einordnung der ersten österreichischen Ausstellung muss festgehalten werden, unter welchem Verständnis die Ausstellung entstanden ist. Die Initiative, eine Länderausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau zu schaffen, geht auf die Bemühungen zahlreicher Überlebender zurück. Zur Realisierung wurde der Verein »Österreichische Arbeitsgemeinschaft Museum-Auschwitz« unter dem Vorsitz der Auschwitz-Überlebenden Erna Musik gegründet. Die inhaltliche Ausarbeitung erfolgte unter der Leitung des damaligen Mitarbeiters und späteren Leiters des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) Wolfgang Neugebauer gemeinsam mit ehemaligen Auschwitz-Häftlingen, darunter Hermann Langbein, und zahlreichen jungen Wissenschaftlern sowie Wissenschaftlerinnen.⁷ Die Ausstellungsgestaltung übernahm Architekt Robert Kanfer, der als Kind über einen Kindertransport nach England flüchten konnte, mit dem Grafiker Ernst Fuhrherr.

Die Ausstellung war somit zwar wissenschaftlich fundiert, aber auch stark von der Opferperspektive geprägt: einerseits von der in den 1970er-Jahren vorherrschenden »Opferthese«, die sich auf den ersten Absatz der Moskauer Deklaration von 1943⁸ berief und bis in die 1980er-Jahre fixer Bestandteil der österreichischen Erinnerungskultur



Die Eingangsgrafik der alten Ausstellung.
Foto: HBF/Minich

war, andererseits von den persönlichen Erfahrungen der Beteiligten als Verfolgte des NS-Regimes und Lagerhäftlinge.

Thematisch setzte die Ausstellung ihren Schwerpunkt auf die Erstarkung des Nationalsozialismus in Österreich in der Zwischenkriegszeit und die Folgen des »Anschlusses« an das Deutsche Reich im März 1938. Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung, der Roma und Sinti, aber auch individueller und organisierter Widerstand in Auschwitz waren wichtige Themen, aber die Genannten waren die einzigen Opfergruppen, die in der Ausstellung erwähnt wurden. Dem politischen Widerstand in Österreich während des NS-Regimes, aber auch Österreicherinnen und Österreicher im Kampf gegen das faschistische Franco-Regime in Spanien – die später eine wichtige Rolle im Lagerwiderstand spielten –, wurde viel Platz eingeräumt. Mit Maximilian Grabner und Maria Mandl wurden zwar zwei österreichische Täterinnen sowie Täter angesprochen, allerdings nur in wenigen Sätzen:

»Unter der dem Lager zugeteilten SS-Mannschaft waren auch Österreicher; so wurde Maximilian Grabner Leiter der ›Politischen Abteilung‹ und, als in Birkenau ein Frauenlager eröffnet wurde, übernahm die Österreicherin Marie Mandel [sic] dessen Leitung. Beide waren unter den Häftlingen wegen ihrer besonderen Grausamkeit gefürchtet.«⁹

Neugestaltung

Gemäß Beschluss der österreichischen Bundesregierung von 2009 waren zwei Beiräte einzurichten, die das Projekt begleiten und vor allem bei der Auswahl der Ausstellungsausführenden und der Entwicklung der Ausstellungsinhalte unterstützend mitwirken sollten. Im selben Jahr konstituierte sich der Wissenschaftliche Beirat mit Expert*innen aus den Bereichen Zeitgeschichte, Ausstellungs- und Gedenkstättenwesen; 2010 wurde der Gesellschaftliche Beirat eingerichtet, der insbesondere die Anliegen und Erfahrungen der betroffenen Opfergruppen, Religionsgemeinschaften und Interessenvertretungen einbringen sollte. Letztentscheidungen lagen beim Steering Committee, in dem die Mittelgeber (Bund, Länder, Zukunftsfonds und Nationalfonds) vertreten waren.

Im Oktober 2013 wurde im Zuge der Vorbereitungen für die Sanierungsarbeiten am Block 17 die erste österreichische Ausstellung endgültig geschlossen und demontiert. 2015 gab der Nationalfonds einen Dokumentationsband¹⁰ heraus, der neben einem

Funde von Besteck
und Scheren während
der Sanierungsarbeiten
in Block 17.
Foto: Kaczmarczyk/
Marszałek, National-
fonds



umfassenden fotografischen Teil die Genese und Rezeption dieser bisherigen österreichischen Ausstellung schildert. In einem beigelegten Heft sind zudem alle Ausstellungstexte als zeithistorisches Dokument nachzulesen.

Da das gesamte Gebäude – der frühere Häftlingsblock 17 im ehemaligen Stamm-lager – vom Keller bis zum Dach generalsaniert werden musste und die gesamte Gedenkstätte als UNESCO-Welterbe gelistet ist, war vom Nationalfonds für die Realisierung der Ausstellung ein langer Weg an Vergabeverfahren, behördlichen Bewilligungen, Abstimmungen mit dem Staatlichen Museum, sprachlichen, denkmalpflegerischen, rechtlichen und budgetären Hürden zu überwinden.

Im Zuge der Sanierungsarbeiten zeigte sich die historische Dimension des Gebäudes. So wurden von Häftlingen verborgene Gegenstände wie beispielsweise Besteck und Werkzeuge freigelegt.¹¹ Im Keller wurden von Häftlingen angefertigte Wandzeichnungen entdeckt und dokumentiert.

Mitten in der Bauphase kamen ab 2020 die Einschränkungen der Corona-Pandemie hinzu. Dennoch konnten die Sanierungsarbeiten und die Ausstellungsarbeiten voran-gebracht werden, so dass die letzten Handgriffe rechtzeitig vor Eröffnung durchgeführt werden konnten.

Die neue Ausstellung

Mit der zunehmenden Kritik an der ersten Ausstellung ergab sich die Notwendigkeit einer Neugestaltung mit dem Anspruch, sich von der »Opferthese« abzuwenden und die Aspekte der Mittäterschaft herauszuarbeiten. Auch sollten alle Opfergruppen aufgezeigt, Gender-Aspekte beleuchtet und zu kritischer Reflexion angeregt werden. Die neue Ausstellung sollte sowohl historisch aufklären als auch kollektives Gedenken und individuelles Erinnern ermöglichen.

In diesem Sinne suchte der Nationalfonds nach einem geeigneten Ausstellungsteam und beauftragte nach europaweiten Ausschreibungen das Team um Kurator Hannes Sulzenbacher unter der wissenschaftlichen Leitung von Albert Lichtblau (Universität Salzburg), dem weiters Siegfried Göllner, Birgit Jöhler, Christiane Rothländer und Barbara Staudinger angehörten, mit den kuratorisch-wissenschaftlichen Arbeiten und Architekt Martin Kohlbauer ZT GmbH mit der Gestaltung der Ausstellung.

In der neuen Ausstellung »Entfernung. Österreich und Auschwitz«¹² stehen die Schicksale der österreichischen Opfer in Auschwitz im Vordergrund, aber anders als in der früheren Ausstellung wird auch die Tatbeteiligung von Österreich in Auschwitz thematisiert.

Das Team der Kuratorinnen und Kuratoren zeigt, dass 18 000 bis 20 000 Personen aus Österreich vom NS-Regime als jüdisch Verfolgte, politisch Andersdenkende, Widerstand Leistende, Roma und Sinti, Zeugen Jehovas oder als Homosexuelle, vermeintlich Kriminelle oder »Asoziale« nach Auschwitz deportiert wurden. Davon wurden 8 000 Menschen direkt aus dem Gebiet des an das Deutsche Reich »angeschlossenen« Österreichs (»Ostmark«) nach Auschwitz deportiert. Ein großer Transport ging am 17. Juli 1942 von Wien ab.¹³ 4 000 Österreicherinnen und Österreicher wurden über das Ghetto und KZ Theresienstadt nach Auschwitz deportiert, weitere 6 000 aus den vom Deutschen Reich besetzten Ländern, wohin sie nach dem »Anschluss« Österreichs 1938 zunächst hatten fliehen können. Dazu zählen auch jene, die aus anderen Konzentrationslagern nach Auschwitz überstellt wurden. Nur etwa 1500 der nach Auschwitz deportierten Menschen erlebten das Ende des NS-Regimes.

Als Staatsbürgerinnen und -bürger des Deutschen Reichs waren auch zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher Teil des NS-Terror-Apparates, so auch in Auschwitz. Nach einer Studie unter der Leitung von Christiane Rothländer konnten von insgesamt etwa 9 300 Mitgliedern der SS-Wachmannschaft und des Kommandaturstabs des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau 163 aus Österreicher identifiziert werden.¹⁴

Die Ausstellung gliedert sich in den Eingangsbereich, von dem man über eine räumliche Verschmälerung (»Engstelle«) in den Hauptbereich gelangt, sowie in einen Gedenkraum mit anschließendem Vertiefungsbereich. Im Eingangsbereich wird bereits das Spannungsfeld zwischen Opfern und Täterinnen sowie Tätern thematisiert, symbolisiert durch die dort ausgestellten originalen Karteien des Widerstandskämpfers und Auschwitz-Häftlings Hermann Langbein. Auf tausenden mit Schreibmaschine getippten und mit handschriftlichen Vermerken versehenen Karten sammelte Langbein akribisch über Jahre relevante Informationen und Zeugenaussagen, die zur strafrechtlichen Verfolgung von Auschwitz-Täterinnen und -Tätern führten. Der angrenzende, bewusst als Engstelle gestaltete Gang zum Hauptraum konfrontiert Besuchende an beiden Seiten mit Video- und Bildmaterial anlässlich des »Anschlusses« Österreichs 1938: Euphorische Menschen in Begrüßung der deutschen Truppen stehen Szenen von Straßen waschenden jüdischen Menschen gegenüber, die zum Entfernen von Parolen auf der Straße gezwungen und während dieser »Reibeaktionen« schikaniert wurden.

Hierauf befindet man sich im Hauptbereich der Ausstellung, auf dessen Konzept der Titel der Ausstellung beruht. Vor dem Hintergrund der Mehrdeutigkeit des Begriffs »Entfernung«¹⁵ werden die Geschehnisse in Auschwitz und Österreich durch Schaffung eines virtuellen Raums auf Screens und eines realen Raums in Vitrinen einander gegenübergestellt. Dadurch werden gleichzeitig der Bruch und der Zusammenhang zwischen diesen beiden Realitäten dargestellt. Die Virtualität erzeugt beinahe die Illusion zweier Ausstellungsteile, hinter den von Martin Kohlbauer entworfenen Bildwänden betreten die Besuchenden jedoch die »Leere«, die das Gefühl der »Entfernung« und das Abreißen jeglicher Verbindung zwischen den zwei Realitäten verstärken soll.

In dieser Gegenüberstellung setzt sich die Ausstellung anhand von rund 90 Objekten mit folgenden Themen auseinander:

Das Kapitel *Anfänge* schildert unter anderem den Aufstieg der NSDAP in Österreich bis zum »Anschluss«, den Aufbau des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau und die Involvierung von Österreicher*innen. So wird etwa die zentrale Rolle der österreichischen Architekten Fritz Ertl und Walter Dejaco beim Lagerbau und bei der Planung der Vernichtungsanlagen in Birkenau geschildert.

Das Kapitel *Strukturen* erörtert den NS-Apparat und die Verfolgungsmaßnahmen in Österreich sowie das Lagersystem und die Vernichtungsmaschinerie von Auschwitz-Birkenau. Ein eindrückliches Dokument stellt dabei die Reisekostenabrechnung einer Salzburger Fürsorgerin dar, die ein Sinti-Mädchen eigens aus einem dortigen Kinderheim nach Auschwitz und somit in ihren Tod gebracht hat. Objekte zu den Strukturen in Auschwitz sind beispielsweise ein Koffer eines aus Wien deportierten Mädchens sowie eine Zeichnung des Auschwitz-Überlebenden Franz Reisz, die das Schikanieren der Häftlinge darstellt.



Glückwunschkarte, die Mithäftlinge anlässlich der Hochzeit von Rudolf Friemel haben anfertigen lassen.
Foto: Ulrike Wieser, Parlamentsdirektion

Das Kapitel *Handlungsmöglichkeiten* zeigt das breite Spektrum, wie Menschen innerhalb des NS-Systems gehandelt haben. Dies reicht vom Profitieren, Sympathisieren, »Anpassen« über Privilegien und Privilegienlosigkeit in der Häftlingsgesellschaft bis hin zu Widerstand in und außerhalb von Auschwitz. So sind etwa Objekte von Schwester Maria Stromberger zu sehen, die sich freiwillig nach Auschwitz meldete und dort Häftlingen half und mit dem Lagerwiderstand zusammenarbeitete. Besonders herausstechend ist dabei die einzige, von der SS-Leitung erlaubte Trauung in Auschwitz, jene zwischen der Spaniern Maria Ferrer y Rey und dem in Auschwitz inhaftierten ehemaligen Spanienkämpfer und Mitglied des Lagerwiderstands Rudolf Friemel.

Die Befreiung von Auschwitz und Österreich ist Thema des letzten Kapitels. Hier wird zum Beispiel auf die Todesmärsche und auf Endphaseverbrechen in Österreich wie das Massaker an hunderten ungarischen Jüdinnen und Juden in Hofamt Priel in Niederösterreich im April 1945 eingegangen.

»Nachrichten aus Auschwitz«

Dem Ausstellungsteam war es wichtig, auch eine gegenwärtige Verbindung zwischen Österreich und dem geografisch unweit gelegenen, aber im Bewusstsein fernen Gedenkort Auschwitz-Birkenau zu schaffen. Für Besuchende steht in der Ausstellung ein digitales Gästebuch bereit, in das sie ihre Gedanken und Gefühle beim Gedenkstättenbesuch auf ein Touchpad schreiben oder zeichnen können. Diese Botschaften verschwinden vom Touchpad, werden digital nach Österreich übertragen und erscheinen auf der vom Nationalfonds betriebenen Website zur Ausstellung www.auschwitz.at¹⁶ sowie an verschiedenen Plätzen in Österreich.¹⁷

Seit der Eröffnung im Oktober 2021 verzeichnet das digitale Gästebuch über 400 Einträge (Stand: Februar 2022), die das Bedürfnis bezeugen, sich an diesem Ort auszudrücken. Darunter finden sich persönliche Nachrichten und Reflexionen, aber auch Zeichnungen und Kommentare zur Ausstellung. Viele Einträge spiegeln in Deutsch, Englisch, Polnisch und zahlreichen weiteren Sprachen (unter anderem Russisch, Chinesisch, Arabisch) die vielfältigen Gedanken und Gefühle wider, die der Besuch der Gedenkstätte auslöst: Betroffenheit über die Verbrechen, Trauer um die Ermordeten, Gedenken an die Opfer, Bezüge zur Gegenwart sowie Fragen um Menschlichkeit und Mahnungen für die Zukunft.

Gedenkbereich

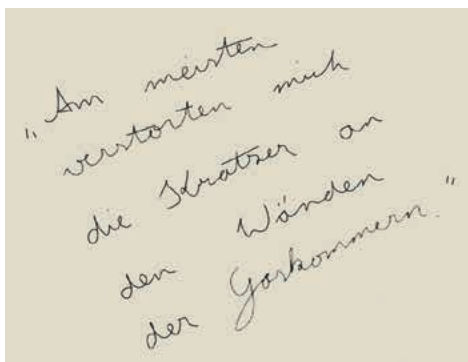
Nach dem Kernbereich gelangen Besuchende in den Gedenkraum der Ausstellung, dessen zentrales Element fünf von Heinrich Sussmann gestaltete Glasfenster darstellen. Sussmann wurde, wie seine Frau Anni, als kommunistischer Widerstandskämpfer jüdischer Abstammung im Juni 1944 nach Auschwitz deportiert.

Er überlebte und schuf die Gedenkinstallation für die erste Ausstellung 1978 in der Absicht, die Menschen, die im Lager gequält und verbrannt worden waren, wieder als Ganzes darzustellen, »als ganze Menschen, die sie ursprünglich gewesen sind.«¹⁸ Eines der Fenster ist als sehr persönliche Erinnerung seinem Sohn gewidmet, der sofort nach seiner Geburt vom SS-Lagerarzt Josef Mengele ermordet wurde.

Die Glasfenster wurden für die neue Ausstellung neu gerahmt und mit einer Hörstation kontextualisiert, auf der Ausschnitte aus Interviews mit Anni und Heinrich Sussmann aus dem Jahr 1983 abgespielt werden können.

Vertiefungsmöglichkeiten

Besuchenden steht am Ende der Ausstellung ein Medientisch zur Verfügung, auf dem Interessierte vertiefende Informationen zur Ausstellung lesen können. Diese Informationen werden auf der vom Nationalfonds betriebenen und gemeinsam mit den Kuratorinnen und Kuratoren erstellten Website www.auschwitz.at bereitgestellt und laufend ergänzt. Dazu zählen unter anderem Datenbanken zu den österreichischen Häftlingen¹⁹ und Täterinnen sowie Tätern in Auschwitz²⁰, Biografien²¹ sowie von der Plattform für Holocaust Education _erinnern.at erstelltes pädagogisches Mate-



Eintrag eines Besuchenden der Ausstellung.
Abb.: Nationalfonds

Der Gedenkbereich mit den Glasfenstern von Heinrich Sussmann.
Foto: Ulrike Wieser, Parlamentsdirektion



rial für die Vor- und Nachbereitung eines Ausstellungsbesuchs mit Schülerinnen und Schülern.

Fazit

Der Nationalfonds hatte die Aufgabe der Neugestaltung der österreichischen Ausstellung mit dem Ziel übernommen, einen Beitrag zur Aufklärung und Erinnerung an den Holocaust zu leisten. So ist es für alle Projektbeteiligten erfreulich zu sehen, dass die Ausstellung seit ihrer Eröffnung im Herbst 2021 viel Aufmerksamkeit erfahren hat. Dies zeigte sich durch ein großes mediales Interesse, aber auch durch Feedback von Angehörigen und die zahlreichen Gästebucheintragungen.

Für den Nationalfonds, der für die Betreuung der Ausstellung zuständig ist, stellt die Fertigstellung der Ausstellung keinen Schlussstrich dar. Er begreift sie sowohl als Gedenkort als auch als einen lebendigen Lernort, der Denkanstöße und Dialoge anregen soll. Dafür sollen in Zukunft weitere Angebote, etwa auch mit anderen Institutionen, entwickelt werden. Der Nationalfonds trägt dabei die Verantwortung, die Erinnerung an die Opfer von Auschwitz nicht verblasen zu lassen.

Claire Fritsch ist Projektleiterin der Koordinierungsstelle zur Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus.

Michael Doujak war Gedenkdiener in der Gedenkstätte und ist Mitarbeiter in der Koordinierungsstelle.

- 1 An dieser Stelle sei Dr. Peter Stadlbauer, Mag. Martin Niklas und Sarah Fink, BA, DipTrans für ihre wertvollen Anregungen beim Verfassen dieses Artikels und für das Lektorat gedankt.
- 2 Rede des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen zur Eröffnung der österreichischen Länderausstellung am 4. Oktober 2021. www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/es-ist-unser-wille-und-unsere-verpflichtung-die-erinnerung-an-die-opfer-zu-bewahren. Abgerufen am 31. 1. 2022.

- 3 Hervorzuheben sind dabei die Reden von Bundeskanzler Franz Vranitzky vor dem österreichischen Nationalrat 1991 und von Bundespräsident Thomas Klestil vor der israelischen Knesset 1994.
- 4 www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/01/bk-nehammer-ich-entschuldige-mich-im-namen-der-republik-fuer-die-hier-begangenen-verbrehen.html. Abgerufen am 31. 1. 2022.
- 5 Vgl. hierzu auch: Michael Doujak, Möglichkeiten der Darstellung der Geschichte der Verbrechen der Nationalsozialisten im Staatlichen Museum Auschwitz–Birkenau am Beispiel einer Neugestaltung der Österreich–Ausstellung. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien 2009, 97 ff.
- 6 www.konvent.gv.at/K/DE/INST-K/INST-K_00179/imfname_164994.pdf, 236. Abgerufen am 7. 2. 2022.
- 7 Vgl. Wolfgang Neugebauer, Die Österreich–Ausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz aus der Sicht eines Mitbeteiligten. In: Nationalfonds – Koordinierungsstelle zur Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz–Birkenau (Hrsg.), Österreichische Gedenkstätte. 1978–2013. Staatliches Museum Auschwitz–Birkenau, Wien 2015, 46 f.
- 8 Moskauer Deklaration vom 30. 10. 1943 während der Konferenz der alliierten Außenminister in Moskau: »Die Regierungen Grossbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kamen darin überein, dass Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muss [...]. Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beteiligung am Kriege auf seiten Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.« (Zitiert nach der Ausstellungstafel zur Moskauer Deklaration, österreichische Ausstellung 1978.)
- 9 Nationalfonds – Koordinierungsstelle zur Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz–Birkenau (Hrsg.), Österreichische Gedenkstätte. 1978–2013. Staatliches Museum Auschwitz–Birkenau, Wien 2015, Beiheft Transkriptionen, 14.
- 10 Nationalfonds – Koordinierungsstelle zur Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz–Birkenau (Hrsg.), Österreichische Gedenkstätte. 1978–2013. Staatliches Museum Auschwitz–Birkenau, Wien 2015.
- 11 Vgl. Online-Artikel zu Funden auf dem Gelände von Auschwitz–Birkenau: www.nationalfonds.org/meldung/von-h%C3%A4ftlingen-verborgene-gegenst%C3%A4nde-in-auschwitz-gefunden. Abgerufen am 7. 2. 2022.
<http://auschwitz.org/en/museum/news/conservators-constantly-discover-new-traces-of-the-history-of-auschwitz,1422.html>. Abgerufen am 7. 2. 2022.
- 12 Titel auf Englisch: Far removed. Austria and Auschwitz. Titel auf Polnisch: Tak blisko. Tak daleko. Austria a Auschwitz.
- 13 Vgl. Florian Freund, Hans Safrjan, Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938–1945. Vertreibung und Deportation. In: Emmerich Taloš, Wolfgang Neugebauer, Ernst Hanisch, Reinhard Sieder (Hrsg.), NS–Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, 781.
- 14 Vgl. Christiane Rothländer, Endbericht. Österreicher und Österreicherinnen in der Konzentrationslager–SS Auschwitz–Birkenau. Eine Untersuchung zu Quantität und Sozialstruktur. Unveröffentlichte Studie, Wien 2018. Die für einen Teilbereich der Ausstellung eigens durchgeführte Studie zieht als Ausgangspunkt die Arbeiten des polnischen Historikers Aleksander Lasik und die Forschungsergebnisse der Historiker*innen des DÖW heran. Als problematisch stellte sich dabei heraus, dass nur bei 5 074 der 9 297 ermittelten Personen der SS– und Wachmannschaften die Herkunft festzustellen war. Vgl. Rothländer, Endbericht, 13.
- 15 Der Begriff »Entfernung« verweist auf die geografische Distanz zwischen Österreich und Auschwitz, die Teil der nationalsozialistischen Verschleierungsstrategie des Massenmordes war. Zugleich meint Entfernung auch Vernichtung: die physische Entfernung der nach Auschwitz Deportierten, aus Österreich und aus dem Leben.
- 16 www.auschwitz.at/gaestebuch
- 17 Derzeit präsentieren das Museum Salzburg (geplant bis Ende Februar 2022) sowie das Haus der Geschichte Österreich in Wien diese »Nachrichten aus Auschwitz«.
- 18 Objekttext zu den Glasfenstern in der österreichischen Ausstellung.
- 19 Die in der Datenbank der nach Auschwitz deportierten Österreicherinnen und Österreicher (kurz: Datenbank zu Häftlingen in Auschwitz) derzeit aufgelisteten biografischen Informationen zu 17 525 Personen basieren auf den Daten des DÖW zur namentlichen Erfassung von österreichischen NS–Opfern.
- 20 Die in der Datenbank verwendeten Daten wurden im Rahmen einer Studie von Christiane Rothländer zu Österreicher*innen in der Wachmannschaft und Lager–SS des KZ Auschwitz–Birkenau erhoben (siehe Fußnote 14). Bislang konnten 163 Personen namentlich identifiziert werden.
- 21 Sammlung ausgewählter Biografien von Österreicher*innen, die nach Auschwitz–Birkenau deportiert wurden, sowie von Personen aus Österreich, die in der Wachmannschaft oder der SS–Kommandantur tätig waren.

Datenträger-Archäologie

DREI FUNDKOMPLEXE MIT PERSONENDATEN AUS NS-LAGERN IN BRANDENBURG

Thomas Kersting

Auf vielen archäologischen Funden aus NS-Zwangslagern sind Namen von Menschen vermerkt, die sie dort selber eingeritzt haben, um Besitz zu kennzeichnen und einen Anker der Identität zu behalten – diese Funde sind materielle Zeugen individueller Schicksale. Eine weitere Fundgruppe von »Identitäten auf Blech« sind analoge Datenträger der Werksverwaltungen. Am Beispiel von drei Fundorten in Brandenburg soll deren Quellenwert dargestellt werden.

Über die Funde aus der Munitionsfabrik »A« Sebalduhof bei Treuenbrietzen wurde an dieser Stelle schon kurz berichtet¹, der zweite Komplex stammt aus einem Arado-Flugzeugwerk in Brandenburg-Neuendorf. Dazu kommen Werksausweise aus einem weiteren Arado-Flugzeugwerk bei Rathenow.² Alle Datenträger sind nun entziffert und »ausgewertet«, aber sicher noch längst nicht ausgeschöpft. Im Folgenden sollen die drei neu erschlossenen Fundkomplexe auf unterschiedliche Fragestellungen hin untersucht werden. Diese Matrizen sind »analoge Datenspeicher«, die mit einer Adressiermaschine (ADREMA) ausgedruckt werden konnten. Der Erfinder, Julius Goldschmidt, hatte 1913 in Berlin die ADREMA-GmbH gegründet, und musste 1935 seine Firma verkaufen und emigrieren. Zumindest bis in die 1950er-Jahre waren solche Maschinen in Gebrauch.³

Knapp 1000 bislang in Treuenbrietzen gefundene Adrema-Matrizen tragen Daten der Beschäftigten (Abb. 1). Erfasst sind neben den persönlichen Daten auch eine Adresse oder Lager-Angabe und oft eine Berufsbezeichnung. Am Rand befinden sich tarifliche Angaben zum Stundenlohn in Reichsmark.

Etwa 120 gut vergleichbare Stücke fanden sich in Neuendorf (Stadt Brandenburg an der Havel) im Bereich der Verwaltung des Arado-Flugzeugwerks bei Bauarbeiten schon Anfang der 2000er-Jahre (Abb. 2). Sie konnten noch im Zuge der Entschädigungsleistungen durch die damals zuständigen Stellen verwendet werden. Etwa 120 Matrizen wurden gefunden, auf ihnen sind im Grunde dieselben Angaben vorhanden. Diese Datenträger wurden zum Teil mit ehrenamtlicher Hilfe vor Ort (Melanie Herz, Rangsdorf) entziffert und in einer Datenbank erfasst, und bei einem Jugendprojekt des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide, im Rahmen der Ausstellung »Ausgeschlossen – Archäologie der NS-Zwangslager« vervollständigt.⁴

Die 67 gefundenen Werksausweise aus Rathenow sind Identitätsdokumente, wie sie von größeren Betrieben ausgestellt wurden. Der Ausweis wurde dem Werkschutz oder der Polizei bei Kontrollen vorgelegt und trug neben persönlichen Daten Informationen über die Art der Beschäftigung und die Nationalität der Besitzenden (z.B. durch aufgestempelte Buchstaben) (Abb. 3).

Herkunft und Einsatzbeginn

Die Treuenbrietzener Matrizen tragen fast alle Angaben zur Herkunft der Beschäftigten, denn fast immer sind die Geburtsorte eingetragen. Nur bei knapp 10% sind zusätzlich auch noch die Heimatländer eigens vermerkt. Dies trifft nur bei westlichen Ländern sowie Kroatien, Litauen und Polen zu, nicht aber z.B. bei Deportierten aus der besetzten



Abb. 1: Matrize aus Treuenbrietzen
Alle Fotos:
Thomas Kersting



Abb. 2: Matrize aus Neuendorf

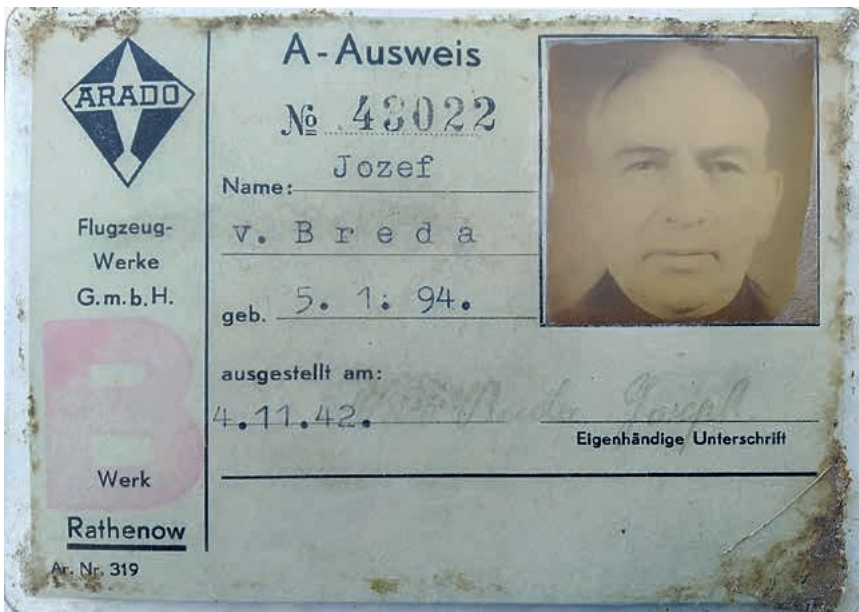


Abb. 3: Arado-Ausweis aus Rathenow

Sowjetunion. Jedoch ließen sich andere Heimatländer, wie die heutigen Staaten Russland, Weißrussland, Bosnien-Herzegowina, Rumänien, Tschechien, Lettland, Italien und sogar Portugal, anhand der genannten Geburtsorte ermitteln. Wenn in diesem Artikel etwa von »Russen« die Rede ist, sind dies Menschen, deren auf der Matrize genannter Geburtsort im heutigen Russland liegt. Soweit die Orte national zuzuordnen waren – was nicht bei allen gelang – kamen knapp die Hälfte der ausländischen Beschäftigten aus der Sowjetunion, aus Polen und den besetzten Ostgebieten sowie vom Balkan (Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien, Rumänien, Ungarn) und aus dem Baltikum.

Die Anderen kamen aus Belgien, den Niederlanden, Italien und Frankreich, die somit als »Westarbeiter« den deutschen Kollegen formal gleichgestellt waren⁵, sowie aus der Tschechoslowakei.

Genau ein Drittel aller Matrizen in Neuendorf gehörten Personen, die anhand ihrer Namen oder Geburtsorte aus dem Ausland stammten, im Vergleich zu Treuenbrietzen waren hier aber verschwindend wenige »Ostarbeiter« beschäftigt.

Auch von den Ausweisen in Rathenow gehörten ein Drittel Ausländerinnen oder Ausländern. Meist tragen die Ausweise ein Initial des Landes in Form eines großen roten Stempels, bzw. ein A für Ausländer im Falle der Russen. Berufe sind auf den Ausweisen nicht vermerkt. Auch hier sind relativ wenige »Ostarbeiter« beschäftigt.

Das »Einstellungsdatum« ist auf 90% der Treuenbrietzener Matrizen lesbar. Aus diesen Angaben wird ersichtlich, dass die große Welle der Rekrutierungen für die Zwangsarbeit 1942 einsetzte, indem die Zahl der Beschäftigten sich vervierfachte. Im Jahr 1943 wird die Anzahl noch einmal deutlich gesteigert. In dieser Phase sind es weit überwiegend ausländische Personen, die zum Einsatz kommen, und dabei überwiegend Frauen. 1944 fallen die Zahlen stark. Der in Rückzug umgeschwungene Kriegsverlauf spiegelt sich hier wider. 1945 gab es fast keine neu vergeben Matrizen. Aus den Matrizen aus Neuendorf ist induzierbar, dass die Einstellungsdaten dort sehr ähnlich verliefen. Allerdings sind auch im ersten Quartal 1945 noch sieben Neuzugänge zu verzeichnen.

Die Einstellungsdaten auf den Ausweisen in Rathenow zeigen 1940 einen Höhepunkt der Neuzugänge. 1942 und 1943 werden Matrizen fast ausschließlich für Ausländer erstellt.

Altersstruktur und Geschlechterverteilung

Die Geburtsdaten auf den Treuenbrietzener Matrizen weisen eine sehr junge Altersstruktur der Deportierten auf. Zum Zeitpunkt der Befreiung im Mai 1945 waren die Meisten unter 30 Jahre alt, einige waren sogar unter 18 Jahren jung. Unter ihnen sind Mädchen aus den Niederlanden, Frankreich, Serbien und den besetzten Ostgebieten, die mit 15 oder 16 Jahren zur Zwangsarbeit verschleppt wurden.

Die Beschäftigten aus dem Osten, weit überwiegend Frauen, weisen dabei das geringste Medianalter auf. Dass bei der Zwangsrekrutierung in Polen die Jahrgänge 1922 bis 1927 am stärksten betroffen waren⁶, und dass ein Drittel der polnischen und mehr als die Hälfte der sowjetischen Zivilarbeiter Frauen waren⁷, spiegelt sich in unseren Tabellen sehr deutlich wider. Die deutsche Belegschaft hatte mit über 30 Jahren das höchste Durchschnittsalter. Beschäftigte mit ähnlich hohem Durchschnittsalter kommen aus den Balkanländern sowie Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien und waren überwiegend männlich.

Insgesamt hingegen waren laut den Matrizen aus Treuenbrietzen weit mehr als die Hälfte des Personals Frauen. Bei den Beschäftigten aus Russland, der Ukraine und Polen, als auch den besetzten Ostgebieten, ergibt sich ein Verhältnis von Frauen zu Männern von 2:1. Der Frauenanteil in Neuendorf beträgt nur etwa ein Sechstel, fast alle waren mit Hilfstätigkeiten betraut.

Im Vergleich zur Belegschaft in Treuenbrietzen liegt das Durchschnittsalter in den Flugzeugwerken von Neuendorf und im Rathenow deutlich höher, dagegen ist der Ausländer- und Frauenanteil deutlich niedriger. Beides ist mit der hohen Spezialisierung dieser hoch technisierten Betriebe zu erklären, von denen einer noch bis ans Kriegsende unvermindert neues Personal requirierte.

Berufe und Verdienst

Auf über 600 Matrizen in Treuenbrietzen finden sich Angaben zu Beruf sowie Einsatzfeld; ebenso zum Verdienst. Es überwiegt bei Männern und Frauen der Einsatz bei einfachen Arbeiten. Dazu kommen Männer mit spezialisierten Metallberufen in der Fabrikproduktion. Stellmacher, Zimmermann und Gärtner hatten auf dem ganzen Werks- und Lagergelände zu tun. Zeichner, Lohnrechner und Bürohilfen sind in der Verwaltung zu verorten. Ebenso wurden Werkschutz- und Wachmännern Adrema-Matrizen ausgestellt. Eine Anna Manteufel wird als »Lagerführerin« bezeichnet, leider ohne Tarif-Angaben. Solche Lagerführer wurden vom Betrieb ernannt, gegebenenfalls durch die Gestapo bestätigt, und waren in direktem Kontakt mit den Lager- und Stuben-Ältesten (also Häftlingen) für die Einhaltung der Lagerordnung zuständig.⁸

Eine Casino-Hilfe und ein Piano-Techniker lassen auf gehobene Freizeit-Aktivitäten der Leitungsebene schließen. Eine Nadlerin und eine Handschuhstopferin belegen wahrscheinlich Arbeitsschutz-Maßnahmen.

Die Verdienstangaben reichen von unter 20 Pfennig bis knapp über eine Reichsmark, von der Hilfsarbeiterin über qualifiziertere Berufe wie den Zimmermann oder Schmied hin zu Spitzenverdiensten für Schlosser und Dreher. Eine Tendenz, dass in höheren Verdienstgruppen mehr Deutsche beschäftigt sind, die ausländischen Kräfte eher minder- bzw. unqualifiziert beschäftigt und folglich schlechter bezahlt wurden, ist bei den Angaben auf den Matrizen für Frauen und Männern deutlich erkennbar. Die Löhne der »Westarbeiter« waren in der Regel mit denen der Deutschen identisch, auch erhielten sie Trennungszulagen. Die polnischen Arbeitskräfte und Ostarbeiter zahlten deutlich höhere »Lohnsteuern« und mussten ebenso für die Lagerunterbringung bezahlen.⁹ Die hier zwangsweise Arbeitenden waren in ein bürokratisches Tarif-System integriert, wie viel »Lohn« tatsächlich bei ihnen ankam, ist unklar.¹⁰ Die Bezahlung hing jedoch auch von weiteren Faktoren ab: Ausbildung, Alter sowie Familienstand.

An Berufen sind auf den Matrizen aus Neuendorf neben Hilfsarbeiterinnen und -arbeitern auch Schlosser, Maschinenarbeiter und Lehrlinge, Lagerarbeiter, Maler und Tischler aufgeführt. Dazu kommen Vertreter spezialisierter Berufe in einem Betrieb der Flugzeugproduktion. Ein »Treckerfahrer« ist auch in einer Schriftquelle eigens erwähnt. Er bewegte die Flugzeuge auf der Start- und Landebahn zu ihren Positionen.¹¹ Neue hoch spezialisierte Berufe sind »Elektronbearbeiter« und »Arcatomschweisser«. Beide Spezialisten waren Ausländer, ein erfahrener Franzose und ein junger Niederländer aus Rotterdam, der 1942 mit erst 19 Jahren ins Werk kam. Er hatte möglicherweise in einer Werft seiner Heimatstadt diese Spezialkenntnisse erworben.

Nr.	Name	geboren	Geb.Ort	Land	m/w	Einsatz-Datum	Fam. Stand	Beruf	Adresse	Zusatz-Ort	Bemerkung	Tariflich
1	Lamster, Rosa	19. 2. 1919	Beelitz	deutsch	w	11. 2. 1943	vh	Sortiererin 64Be/01708/M1a1	Brückerstr. 126	Beelitz	A	0,39 0,46 0,30
10	Böttcher, Heinz	17. 12. 1925	Baitz	deutsch	m	1. 4. 1940	ld	Lehrling	Baitz Nr. 1	Beelitz	Militär A	18,50 0,13 0,16 1 0,25 0,20
11	Hoffman, Heinz	12. 12. 1925	Bochow	deutsch	m	1. 4. 1940	ld	Lehrling	Belzig Adolf Hitlerstr. 54	Beelitz	Militär A	18,50 10,00 1 0,25
11	Thiele, Arthur	22. 5. 1999	Weburg	deutsch	m	25. 4. 1935	vh	Härter 5n1/49bel207	Belzig Sandbergerstr. 17	Beelitz	spart 6,00 wöchentl	0,76 0,90 2 0,20
13	Bode, Gerhard	5. 10. 1925	Ziesar	deutsch	m	1. 4. 1940	ld	Lehrling 5n1/222ZIE12611	Reetzerhütten Nr. 69	Beelitz	Militär A	0,13 0,16 1 0,30
14	Donig, Lina	4. 9. 1909	Grubo	deutsch	w	18. 1. 1937	vh 3	Arbeiterin 23a5/49Be17282	Niemegk, Feldstr. 3	Beelitz		0,43 0,51
16	Böhm, Lucie	14. 3. 1915	Ratibor	polen	w	26. 2. 1938	vh	Arbeiterin 22 a/32/006681	Niemegk, Günther- Roß-str. 21	Beelitz	A	
18	Kaiser, Hildegard	8. 3. 1912	Treuenbrietzen	deutsch	w	15. 2. 1943	vh	Sortiererin	Treuenbrietzen, Bölkestr. 12	Beelitz		0,39 0,46
28	Kraus, Emil	30. 3. 1921	Duisburg	deutsch			ld	Polierer 23b/167/158838	Groß Briesen, Dorfstr. 51	Beelitz	Militär mpnatl. 18,50 w 6,00	
31	Hendrickx, Berta		Antwerpen	Belgien	w	17. 5. 1943	vh	Treuenbrietzen Lager				0,39 0,46
34	Walter, Karl	18. 5. 1902	Wohlau	deutsch	m	1. 7. 1936	vh 1	Schlosser 5a1/64/12069	Belzig, Glienstr. 42	Beelitz	A	0,50 0,85 1,00 4/1 0,20
42	Lösch, Minna	#NAME?	Dann	deutsch	w	21. 1. 1934	vh	Arbeiterin 23a5/49Be962	Niemegk, Graben- str.	Beelitz		0,43 0,51
52	Teske, Arnold	25. 6. 1902	Pielburg	deutsch		11. 5. 1936	vh5	Dreher 23a5/2423	Niemegk, Garten- str.9			0,73 0,86
55	Wallasch,	#NAME?	Goschütz	deutsch		30. 1. 1934	vh 2	Schmied	Belzig	Beelitz		0,76 0,90
65	Aubin, Fra__is			Frank- reich								
74	Wöltge, Bruno	17. 5. 1923	Michelsdorf	deutsch	m	17. 1. 1940	ld	Laufbursche 23a12/49Leh6292	Kietz Nr. 32	Beelitz	Militär A	18,50 0,47 0,56 1 0,50

Abb. 5: Ausschnitt aus der Daten-Tabelle (M. Herz/Th. Kersting)

Adressen – Gruppenankünfte – Verwandtschaften

Auf etwa 700 Treuenbrietzen Matrizen gibt es Angaben zu Wohnadressen. Die Deutschen haben Adressen mit Straßennamen und Hausnummern in den Städten und Dörfern der Umgebung. Bei etwa 300 fast ausnahmslos ausländischen Namen werden verschiedene Lager erwähnt. Noch im Frühjahr 1943 war etwa ein Viertel der ausländischen Arbeitskräfte, meist »Westarbeiter«, privat untergebracht, erst ab Sommer 1943 bestand auch für sie Lagerzwang.¹² Auch in Neuendorf sind fast alle ausländischen Beschäftigten in Lagern untergebracht, die Deutschen dagegen haben Adressen in der Stadt Brandenburg.

An den Einsatzdaten auf den Treuenbrietzen Matrizen lassen sich Personen-Gruppen erfassen, die gleichzeitig ankamen, meist mit derselben Herkunft. Die ersten kommen aus den Balkanländern und werden anfangs noch in Dörfern untergebracht, später in Lagern. Die Jahre 1942 und 1943 sind von einem massiven Zustrom aus dem Osten bestimmt. Diese Menschen werden in die Lager Treuenbrietzen und Belzig eingewiesen.

Zu untersuchen wäre, woher die bislang 21 identifizierbaren Gruppen requiriert wurden, die wohl über »Verteilungs-Zentren« in Berlin kamen, wo Firmen ihren Bedarf an Arbeitskräften decken konnten, wenn sie nicht direkt aus dem KZ Sachsenhausen hierher abkommandiert wurden. Auch in Neuendorf lassen sich Gruppenankünfte erkennen: z.B. kamen zwei Griechen zusammen ins Werk und ins Lager.¹³

Namensgleichheiten können Hinweise auf Verwandte sein – auf den Treuenbrietzen Matrizen findet sich außer mehreren Schmidt und Müller auch viermal Bondarenko, ein in der Ukraine häufiger Name. Ehepaare aus Belgien waren wohl Clauwaerts

(Sortiererinnen und Maschinen-Arbeiter), und Dunand (beide im Büro beschäftigt). Zwei Damen Vincenot aus Frankreich könnten nach den Geburtsdaten Schwestern sein. Zwillingbrüder sind möglicherweise Jesip und Viloin Kunstic, beide am 14. 2. 1923 in Kosnica, Kroatien geboren. Obwohl am selben Tag verwaltungsmäßig erfasst, erhielten sie völlig verschiedene Nummern. Geschwister oder Cousin sowie Cousine sind wohl Iwan und Katja Kurotschka, beide geboren 1923 in Chiniejewka, die an zwei aufeinander folgenden Tagen in Treuenbrietzen ankamen. Mutter und Tochter könnten Regina und Sophie Neven aus St. Vith in Belgien sein, die 1903 beziehungsweise 1924 geboren wurden. Vater und Sohn sind offenbar Jakob und Willi Sühr, 1897 sowie 1925 geboren wurden und beide aus dem entfernten Trier an der Mosel, die ab 1934 im Munitionswerk als Pförtner bzw. technischer Zeichner arbeiteten, wohnhaft in Treuenbrietzen.

Zusammenarbeit mit den Arolsen Archives

Die nunmehr in einer Datenbank erfassten Daten (Abb. 4) aus Treuenbrietzen wurden an die Arolsen Archives übermittelt – schließlich muss ein Abgleich mit dort bereits vorliegenden personenbezogenen Daten erfolgen. In Arolsen existieren nach ersten Stichproben zu etwa einem Drittel der ausländischen Namen Belege – was im Umkehrschluss bedeutet, dass für etwa zwei Drittel der Menschen dank der archäologisch gewonnenen Belege erstmals ein Nachweis geführt werden kann. Die Dokumente der Arolsen Archives über die Zwangsarbeiter vom Sebaldushof ergänzen die Daten der vor Ort gefundenen Adrema-Matrizen. Ein Beispiel ist der Fall des jungen Konstantin Grigorasc aus Mariupol in der Ukraine (Matrize Nr. 9216 in Treuenbrietzen). Laut Registrierkarte für »Zivilarbeiter aus Sowjetrußland« in den Arolsen Archives (Abb. 5) leistete er vom 10. Mai 1943 bis zum 1. Juli 1943 in der Metallwarenfabrik Treuenbrietzen Zwangsarbeit, und war im »Gemeinschaftslager« Sebaldushof untergebracht. Er überlebte diese Zeit und hielt sich offenbar auch nach weiteren Stationen noch in der frühen Nachkriegszeit in Deutschland auf, denn sein Name erscheint in einer Aufstellung aus der britischen Zone. Hinweise auf sein weiteres Leben liegen in den Arolsen Archives nicht vor.¹⁴ Mit den Arolsen Archives ist eine Übernahme aller Daten vereinbart. Sie werden in Zukunft weiter recherchieren, um die Identitäten möglichst vieler Lagerinsassen und in der Rüstungsindustrie eingesetzten Menschen nachzuweisen.




Zivilarbeiter(in) aus Sowjetrußland		Hinterweis-Nr.	
Name (bei Frauen auch Geburtsname): Grigorasc			
Vorname: Konstantin			
Geburtsort und -zeit: 6. Mai 1924 in Ursun, Kreis Manchusch			
Beruf: Inhaber Lagerer Landarbeiter Schlepper			
Stand: ledig		Zahl der Kinder: keine	
Religion: orthodox		Fingerabdrücke (Zeigefinger)	
Heimatort (Umschreiben des Ortes, Kreis, Ort, Gemeinde, Prov.): Mariupol		links	rechts
Defektur: keine		 	
A 203 1.43 10.05.43		Ein 470 A 4	

Abb. 5: Registrierkarte K. Grigorasc.
Foto: Arolsen-Archives

Zusammenfassung – Bedeutung von Archäologie für Identitätsnachweise und historische Forschung

Die Daten auf den Adrema-Tafeln und Ausweisen stellen eine einzigartige, bislang kaum ausgewertete Quelle zur Identifizierung von Opfern der NS-Zwangsherrschaft dar.

Die Funde der Adrema-Matrizen aus allen drei Lager- und Arbeitsstätten können mit den Informationen zu Namen, Geburtsdatum, Termin der Arbeitsaufnahme und

Herkunft einzelner Personen gut miteinander verglichen werden. Sie zeigen mikrohistorisch die Entwicklung der Zwangsarbeit und den Einsatz von Arbeitskräften in der deutschen Industrie auf. Historische Geschehen wie der Kriegsverlauf und die Zwangsarbeiter-Rekrutierung, deren Geschichte im größeren Kontext bekannt sind, spiegeln sich an den historischen Orten exakt wieder.¹⁵

Die Fundstücke sind aber auch in Bezug auf wissenschaftliche Interdisziplinarität methodisch von Interesse. Das Besondere an dieser Quellengruppe »materieller Daten- oder Informationsträger« ist ihre hybride Position zwischen Archäologie und Geschichtsforschung: die Archäologie kennt in der Regel keine Schriftträger, die einzelnen Personen zugeordnet werden können. Die Historiker stoßen nur im Ausnahmefall auf gegenständliche Quellen, die nicht aus Papier sind – schon gar nicht solche, die im Boden dem Vergessen preisgegeben waren.

Den Arolsen Archives waren bislang solche ADREMA-Bleche komplett unbekannt, obwohl es sie zu Hunderttausenden (mindestens) gegeben haben muss. Die Archäologie stellt also mit ihren Methoden der Forschung neuartige Quellen zur Verfügung, die aber selber weniger als »archäologische Funde« sondern als personenbezogenes Datenmaterial zu betrachten und zu archivieren sind.

Dr. Thomas Kersting ist Leiter der Archäologischen Denkmalpflege in Brandenburg, und dort neben anderem mit der Archäologie der Zeitgeschichte befasst.

- 1 Thomas Kersting, Zwangsverwaltet – die ADREMA-Kartei vom Lager Sebalduhof bei Treuenbrietzen in Brandenburg. Gedenkstättenrundbrief 186, 6/2017, 23–26.
- 2 Thomas Kersting et al., Europaweit: neue Funde aus den ARADO Zwangsarbeiterlagern Rathenow im Havelland, Brandenburg. Gedenkstättenrundbrief 195 9/2019, 18–22.
- 3 Patrick Brion, das AREMA System der »REIMAHG«, Kahla 2021.
- 4 Juliane Haubold-Stolle/Thomas Kersting/Lena Sommerfeld, Ausgeschlossen. Archäologie der NS-Zwangslager. Gedenkstättenrundbrief 199, September 2020, 16–21.
- 5 Carina Baganz, Lager für ausländische zivile Zwangsarbeiter. In: Wolfgang Benz/Barbara Distel, Der Ort des Terrors Bd. 9, 2009, 248–270, bes. 249.
- 6 Ebenda 252.
- 7 Ebenda 261.
- 8 Ebenda 257.
- 9 Ebenda 253; Harald Bräutigam, Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945. Überblick. In: Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945. Ein Ausstellungsprojekt des Arbeitskreises Berliner Regionalmuseen (Hrsg.), Berlin 2003, 17–61, bes. 40.
- 10 Alltag Zwangsarbeit 1938–1945. Katalog zur gleichnamigen Dauerausstellung. Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin Schöneweide, 2013, 130f.
- 11 Frank Brekow/Hans-Georg Dachner, ARADO. Zehn Jahre innovativer Flugzeugbau in Brandenburg/Neuendorf. H. 5 zur Luftfahrtgeschichte der Stadt Brandenburg an der Havel. Brandenburg a. d. Havel 2009.
- 12 Carina Baganz, Lager für ausländische zivile Zwangsarbeiter. In: Benz/Distel Bd. 9, 2009, 248–270, bes. 257f.
- 13 Alexis Detorakis, Greek forced labourers in Nazi Germany: The Greek prisoners of Brandenburg-Görden. Master Thesis HU Berlin 2021, unpubl.
- 14 zitiert nach <https://arolsen-archives.org/stories/schicksale-auf-blech>.
- 15 Thomas Kersting, Lagerland. Archäologie der Zwangslager des 20. Jahrhunderts in Brandenburg. BeB Bra Wissenschaft Verlag Berlin, im Druck.

»Erinnerung ins Land tragen!«

EINBLICKE IN EIN GEDENKSTÄTTENPÄDAGOGISCHES
AUSBILDUNGSPROJEKT AUS SCHLESWIG-HOLSTEIN UND DESSEN
POTENZIALE FÜR ANDERE GEDENKSTÄTTEN FÜR NS-OPFER

Freya Kurek

Worum es geht

Im Rahmen des Förderprogramms »Jugend erinnert« der Bundesministerin für Kultur und Medien wird an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen seit September 2020 ein Projekt zur Aus- und Fortbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der Gedenkstättenpädagogik realisiert.

Mit dem Angebot einer fundierten Ausbildung ist die Hoffnung verbunden, Menschen zu gewinnen, die sich an den durchweg kleinen NS-Gedenk- und Erinnerungsorten im ländlichen Raum in Schleswig-Holstein engagieren wollen. Dadurch soll die Gedenkstättenarbeit im Land insgesamt gestärkt werden.

Es geht bei »Erinnerung ins Land tragen!« um die Vermittlung eines gedenkstättenpädagogischen Rüstzeugs, dass für die Arbeit an Erinnerungsorten sensibilisiert und vorbereitet. Zukünftige Mitarbeitende insbesondere kleiner Gedenkstätten im ländlichen Raum sollen vorbereitet werden auf die vielfältigen Erwartungen mit denen sie konfrontiert werden und sich professionell begleitet mit der Frage nach einer inneren Haltung in der pädagogischen Arbeit beschäftigen, um in diesem besonderen Kontext gut arbeiten zu können. Zentral ist dabei die Frage, was eine gute und zeitgemäße Gedenkstättenpädagogik ausmacht, welche Kompetenzen es bei den pädagogischen Mitarbeitenden braucht und wie diese in einem Fortbildungsprojekt erfahren und vermittelt werden können.

Dies passiert vor dem Hintergrund einer sich dynamisch entwickelnden Gedenkstättenlandschaft in Schleswig-Holstein, die nach einem Jahrzehnte langem Kampf um Anerkennung, aktuell sowohl von zunehmender Institutionalisierung und Professionalisierung geprägt ist, als auch vor der Herausforderung eines Generationenwechsels steht.

Vor diesem Hintergrund sollen in diesem Beitrag einige inhaltliche Überlegungen zur Vermittelbarkeit gedenkstättenpädagogischer Grundlagen dargestellt werden, die für die Ausbildungspraxis im Rahmen von »Erinnerung ins Land tragen!« signifikant und prägend sind. Diskutiert werden dabei insbesondere subjektorientierte Zugänge und deren Vermittelbarkeit. Ausgangspunkt ist dabei die spezifische Situation in Schleswig-Holstein als ländlich strukturiertem Raum mit einer – selbst für bundesdeutsche Verhältnisse starken – nationalsozialistischen Tradition. Es folgt ein Überblick über den bisherigen Verlauf des Projekts sowie ein knapper Ausblick, in dem Herausforderungen benannt werden und erläutert wird, unter welchen Prämissen die Aus- und Fortbildung nachhaltig und qualitätssichernd auch über das Projektende hinaus fortgesetzt und verstetigt werden kann.

Im bisherigen Verlauf des Projekts konnten wir einige Erkenntnisse gewinnen, die wir für die Diskussion um eine Professionalisierung der Aus- und Fortbildung von Honorarkräften an Dokumentations- und Gedenkstätten für NS-Opfer auch über Schleswig-Holstein hinaus für relevant halten. Dieser Text möchte diese Überlegungen ausführen und damit einen Beitrag zur weiteren Diskussion leisten.

Gedenkstättenpädagogik unter erschwerten Bedingungen:

Anmerkungen zur Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein

Gedenkstättenpädagogik ist ein viel beachtetes und doch gleichzeitig »offenes Feld«: wissenschaftliche Debatten zu möglichen und unmöglichen Zielen; inhaltlich-theoretischen Grundlagen und Standards werden seit vielen Jahren geführt; die Anzahl der Publikationen zum Thema sind immens. Für die praktische Vermittlungsarbeit vor Ort an den Gedenkstätten bildete die Veröffentlichung des Buches »Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik« von Barbara Thimm, Gottfried Köbler und Susanne Ulrich im Jahr 2010 sicherlich eine besondere Wegmarke.¹ Mit diesem Buch formulierten die Autorinnen und Autoren vor dem Hintergrund theoretischer Reflexionen Fragen und Impulse, die für die tägliche praktische Arbeit und für die pädagogischen Mitarbeitenden vielfältiger NS-Gedenkstätten relevant waren und geblieben sind. Sie zeichnen hier konkret ein »Berufsbild Gedenkstättenpädagogik« und formulieren vielfältige Kompetenzen und Qualitätsmerkmale, die es braucht, um an NS-Gedenk- und Erinnerungsorten pädagogisch tätig zu sein.² Was die Autorinnen und Autoren deutlich machen, und was wohl von allen Praktikerinnen und Praktikern bestätigt werden kann: die Anforderungen an Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen sind komplex und anspruchsvoll. Dass die Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen nicht nur für (jugendliche) Besucherinnen und Besucher verunsichernd sein können, sondern auch für die Mitarbeitenden an den »verunsichernden Orten« ist dann auch – neben anderen Gründen – ein entscheidendes Argument für die Notwendigkeit professioneller Aus- und Fortbildung, kollegialer Beratung und regelmäßiger (Selbst-)Reflexion: »Die Qualität der historisch-politischen Bildung kann nur durch die Bereitschaft und Fähigkeit der Mitarbeiter(innen) zur (Selbst-)Reflexion gesichert werden.«³

Seit dem Erscheinen von »Verunsichernde Orte« sind mehr als zehn Jahre vergangen, die Institutionalisierung einer Berufsausbildung für den Bereich »Gedenkstättenpädagogik« hat bisher nicht stattgefunden und die Diskussionen zur Professionalisierung von pädagogischen Mitarbeitenden an Gedenkstätten halten an.⁴ Viele Gedenkstätten, die pädagogische Programme anbieten, arbeiten mit Honorarkräften (zumeist »Guides«), die sie hausintern für deren Aufgaben ausbilden und vorbereiten. Die Inhalte, Schwerpunkte und Intensität dieser Vorbereitungen unterscheiden sich zum Teil stark, einen gemeinsamen Standard gibt es nicht.

Wo an großen Gedenkstätten Schulungen für die pädagogischen Mitarbeitenden schon lange selbstverständlich sind, sind diese an kleinen Orten oft nicht möglich.⁵ Nicht wenige Gedenkstätten haben nur sehr wenige, zum Teil gar keine hauptamtlichen Mitarbeitenden, dazu kommt eine häufig herausfordernd schmale Finanzierung und mangelnder Nachwuchs im Kreis der Ehrenamtlichen. In Schleswig-Holstein zählen nahezu alle Gedenkstätten zu diesem Typus.

Schleswig-Holstein im NS und Gedenkstätten heute

Schleswig-Holstein ist ein kleines Bundesland, 97 Prozent der Landfläche zählen zum ländlichen Raum, 78 Prozent der Bevölkerung leben in diesem.⁶

Die beschauliche ländliche Lage zwischen Nord- und Ostsee und die geringe Bevölkerungszahl sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schleswig-Holstein die Region war, in welcher der Aufstieg der NSDAP so »schnell, nachhaltig und umfas-



Reste der Latrinenbaracke.
Alle Fotos: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

send«⁷ geschah wie nirgendwo sonst im damaligen Deutschen Reich. Die Wahlerfolge der NSDAP ab Mitte der 1920er-Jahre wurden begleitet von Gewalt und Verfolgung – und nach 1933 mit der Errichtung verschiedener Konzentrations-, Strafgefangenen- und Zwangsarbeitslager. Die meisten dieser Lager – gelegen in Dörfern, an Hauptstraßen, in Wäldern und der Heide – wurden ab 1945 aktiv der Erinnerung entzogen, bauliche Überreste wurden abgerissen und es wuchs nicht nur sprichwörtlich Gras über die Vergangenheit.

Beigetragen hat dazu auch die Weiterführung nationalsozialistischer Traditionen: Die überproportionale Präsenz teilweise hochrangiger Nationalsozialisten im Land durch die sog. Rattenlinie Nord⁸ und die frühzeitige Beendigung der Entnazifizierung bereits 1950, veranlassten den damaligen Innenminister Paul Pagel (CDU) zur Feststellung, dass in Schleswig-Holstein eine aktive »Renazifizierung« stattfindet. Pagel war das einzige Mitglied der ersten frei gewählten CDU-Landesregierung Schleswig-Holsteins ohne NSDAP-Parteibuch, eine, wie er sie nannte, »Koalition aus SA, SS und NSDAP.«⁹

Insbesondere diese gesellschaftspolitische Gemengelage verhinderte entsprechend lange Zeit die Aufklärung von und einen angemessenen Umgang mit der NS-Vergangenheit und den begangenen Verbrechen. Im bundesdeutschen Vergleich muss man daher in Schleswig-Holstein in institutioneller, struktureller und finanzieller Hinsicht von einer nachholenden Erinnerungskultur sprechen. Erst in den 1990er-Jahren entstanden an NS-Verbrechensorten zivilgesellschaftliche Strukturen, die sich um eine Institutionalisierung der Orte bemühten und erst ab den 2000er-Jahren etablierten sich die ersten ehrenamtlich betriebenen Gedenkstätten. Bis zuletzt blieb die finanzielle Förderung dieser Orte aber äußerst prekär, seit 2015 gibt es ein Landesgedenkstättenkonzept und erst ab diesem Zeitpunkt kann man überhaupt von einer nennenswerten Landesförderung für Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein sprechen. Erstmals 2019 sind hauptamtliche Stellen an den KZ-Gedenkstätten Kaltenkirchen, Husum-Schwesing und Ahrensböök eingerichtet worden.¹⁰

Bis heute ist die »Gedenkstättenlandschaft« in Schleswig-Holstein entsprechend klein und stark von Ehrenamtlichkeit geprägt. In Initiativen und Vereinen engagieren sich ungebrochen aktive Bürgerinnen und Bürger mit viel Elan, aber, wie in anderen Bereichen des Ehrenamts auch, fehlt es an Nachwuchs junger Menschen. Doch auch wenn die regionalen Gedenkstätten für NS-Opfer noch häufig unbekannt sind, entstehen vermehrt Kooperationen mit Schulen, Vereinen und Verbänden und die Anforderungen an die gedenkstättenpädagogische Arbeit wachsen stetig.

Neue Zugänge, Formate und Methoden sind notwendig, die aktuelle Themen aufgreifen, sich gegenwärtigen Herausforderungen annehmen und heutige Jugendliche aktiv in die Arbeit der Gedenkstätten einbindet. Diese notwendigen inhaltlichen Entwicklungen und das wachsende Interesse von Schulen an regionaler NS-Geschichte sind durch die ehrenamtlichen Vereine und vereinzelt hauptamtlichen Mitarbeitenden allein nicht mehr angemessen zu erfüllen. Umso erfreulicher ist es, dass gleich drei Projekte im Land im Rahmen des Programms »Jugend erinnert« gefördert werden, die durch innovative Zugänge die Bildungs- und Vermittlungsarbeit der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein weiterentwickeln¹¹.

Vor dem Hintergrund dieser nicht einfachen Rahmenbedingungen will »Erinnerung ins Land tragen!« Standards der gedenkstättenpädagogischen Bildungs- und Vermittlungsarbeit entwickeln, junge Menschen für das Engagement an regionalen Gedenkstätten im ländlichen Raum gewinnen und sie für eine innovative und kritische Gedenkstättenpädagogik aus- und weiterbilden. Grundlage dafür ist eine kritische Auseinandersetzung mit selbstreflexiver und subjektorientierter Bildungsarbeit.

Subjektorientierte Bildung, aber wie?

Die Wendung aufs Subjekt, wie sie von Adorno in seinem viel zitierten Radiobeitrag »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«¹² 1969 gefordert wurde und die für die Gedenkstättenpädagogik mittlerweile seit Jahrzehnten zentral ist¹³ – beginnt mit einer Begegnung auf Augenhöhe zwischen den pädagogischen Mitarbeitenden und den Jugendlichen und gibt letzteren Raum, sich in ihrer Subjektivität einzubringen. Die Forderung nach einer subjektorientierten Bildungsarbeit ist schnell aufgestellt, dass aber zwischen Anspruch und alltäglicher Wirklichkeit nicht selten Differenz herrscht, zeigt nicht zuletzt auch die Arbeit von Verena Haug »Am ›authentischen Ort« – Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik«, in der sie die vielfältigen Herausforderungen der pädagogischen Praxis an Gedenkstätten beleuchtet und die Bedeutung von Kommunikation und Interaktion betont.¹⁴ Die Vorbereitung für und die kritische Reflexion auf die eigene Rolle in diesen Interaktionen ist daher ein wichtiges Ziel von »Erinnerung ins Land tragen!«

Die Rolle der gedenkstättenpädagogischen Vermittlerin – eine Frage der inneren Haltung?

Zu Beginn stellt sich bei vielen Teilnehmenden des Projekts die Frage: Wie begegne ich den Jugendlichen am Ort Gedenkstätte? Wie gehe ich bestimmte Themen an und wie verhalte ich mich in herausfordernden Situationen? Was ist eigentlich meine eigene Rolle? Nicht nur sind die Anforderungen an gedenkstättenpädagogische Arbeit vielfältig, auch die Erwartungen, die an Mitarbeitende von Gedenkstätten gestellt werden sind hoch. Dabei sind sowohl die Erwartungen von Schülerinnen und Schülern und deren Lehrkräften häufig nicht deckungsgleich und zudem oft unausgesprochen,



sie unterscheiden sich zudem oft von jenen, die die Gedenkstätte als Arbeitgeber an ihre Mitarbeitenden richtet. Hinzu kommen Ansprüche an die Wirkung der eigenen Arbeit durch die Mitarbeitenden selbst. Je nach Ziel und Anspruch haben die Mitarbeitenden der pädagogischen Vermittlung damit unterschiedliche Rollen inne – und diese zum Teil gleichzeitig.

Bei »Erinnerung ins Land tragen!« beschäftigen wir uns mit drei Ebenen, auf denen pädagogische Mitarbeitende an Gedenkstätten in der Vermittlungsarbeit aktiv sind und in denen sie jeweils unterschiedliche Rollen einnehmen.

- 1 Die Vermittlung historischen Wissens ist eine zentrale Aufgabe, die pädagogischen Mitarbeitenden lehren Geschichte, treten als Historikerinnen und Historiker auf. Sie sind verantwortlich für die Wissensvermittlung über den historischen Ort und seine Nachgeschichte, über gesellschaftliche Bedingungen des NS sowie über Betroffene und Beteiligte und deren Handlungsmöglichkeiten.
- 2 Die pädagogischen Mitarbeitenden bewegen sich zudem auf der Ebene der Gegenwart, setzen sich aktiv und zielgerichtet ein für ein »Lernen aus der Geschichte« und für ein Engagement gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und andere Formen der Diskriminierung. Auf dieser Ebene findet sich häufig eine hohe intrinsische Motivation für das eigene Engagement, um durch die gedenkstättenpädagogische Arbeit auf die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft einzuwirken.
- 3 Die dritte Ebene ist jene der klassischen Pädagogik: die pädagogischen Mitarbeitenden begleiten die Jugendlichen in ihrem Lernprozess und geben Anregung zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Es gilt, Räume für Irritationen, Austausch und Diskussion zu schaffen, in denen die Jugendlichen sich Geschichte erschließen und Fragen an Gegenwart und Zukunft stellen können. Gerade in Anbetracht der verunsichernden Themen bedeutet das, positive Lernerfahrungen zu ermöglichen, wozu auch gehört, verletzendes Verhalten zu stoppen.

Teilnehmende der Aus- und Fortbildung beim Besuch der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Wissen vermitteln, gesellschaftspolitisches Engagement stärken und einen geschützten Lernraum gestalten – alles Aufgaben, die bei der Gedenkstättenpädagogin gleichzeitig zusammenlaufen.

Das Zusammenspiel aller drei Bereiche ist in der konkreten Arbeit wichtig, um dem Anspruch subjektorientierter Bildung gerecht zu werden. Wenn die Jugendlichen die Frage »Was hat das mit mir zu tun?« stellen können und während des Bildungsformats eine Antwort für sich finden können, ist es gelungen, einen Lernraum zu gestalten, in dem sowohl Wissensvermittlung sowie die Auseinandersetzung mit Werten und Fragen der Gegenwart zusammenkommen. Diesen Findungs- und Lernprozess junger Menschen zu begleiten, erfordert Sensibilität, Offenheit und pädagogische sowie kommunikative Kompetenzen. Gerade auf dieser pädagogischen Ebene beobachten wir bei vielen Teilnehmenden große Unsicherheiten.

Im Projekt »Erinnerung ins Land tragen!« wird diesem dritten Aspekt besondere Aufmerksamkeit gewidmet, sowohl bei der Gestaltung und dem Aufbau der einzelnen Workshops, als auch bei den gewählten Inhalten und ihrer methodischen Vermittlung. In den Aus- und Fortbildungseinheiten werden gedenkstättenpädagogische Methoden praktisch ausprobiert. Die Teilnehmenden befinden sich immer wieder in der Rolle der Jugendlichen und erfahren nicht nur, wie eine Methode funktioniert, sondern auch wie sie sich »anfühlt«. Durch einen sich wiederholenden Zyklus findet über die Ausbildung hinweg erfahrungsbasiertes Lernen statt: die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren nehmen am pädagogischen Programm teil und werden im Anschluss aufgefordert, in sich reinzuhören und ihre Erfahrungen und Gefühle als Teilnehmende zu reflektieren und zu benennen. Erst im Anschluss erfolgt der Perspektivwechsel auf die Vermittlungsrolle und im Austausch mit anderen werden die Potenziale und Herausforderungen der Methoden diskutiert. Diese Selbsterfahrung und die Reflexion auf den eigenen Lernprozess helfen bei der Klärung der eigenen Rolle in Bezug auf die eigene pädagogische Arbeit, was wiederum bei der Gestaltung eines subjektorientierten Lernsettings hilft. So können die zukünftigen Mitarbeitenden aus ihren Erfahrungen Schlüsse für die eigene pädagogische Praxis ziehen.

Subjektorientiertes Lernsetting.

Wie will ich lernen und was bringe ich mit?

Die Entwicklung eines vertrauensvollen Raumes, in welchem subjektorientiertes Arbeiten mit möglichst allen Teilnehmenden realisiert werden kann und offene Selbstreflexion möglich ist, steht daher ganz am Anfang eines jeden Aus- und Fortbildungszyklus. Es geht um die subjektiven Wahrnehmungen der Teilnehmenden am Projekt, die Suche nach der eigenen Motivation, den Intentionen, persönlichen Schwerpunkten und Interessen und die Ermutigung, diese kritisch in die Arbeit einzubringen. Geschaffen werden kann dieses Lernsetting zu Beginn der Ausbildung durch die gemeinsame Herstellung einer gültigen Wertebasis für die Beschäftigung mit dem Thema der nationalsozialistischen Verbrechen an dem jeweils konkreten Ort.

Wir nehmen uns Zeit für ein intensives Kennenlernen der Teilnehmenden und die Herstellung eines persönlichen Bezugs sowie die Bestimmung gemeinsamer Ziele und Werte für die Dauer der gemeinsamen Zeit im Projekt. Dieser Einstieg stellt Vertrauen in der Gruppe her. Noch bevor sich dem Themenbereich Nationalsozialismus genähert wurde, werden die Teilnehmenden ermuntert, sich über ihre Zugänge zum Lernen und

Arbeiten in Gruppen bewusst zu werden und diese offen zu artikulieren. Gemeinsame und divergierende Bedürfnisse und Interessen werden deutlich und es wird ein kritisch-solidarischer Arbeits- und Lernprozess angeregt.

Über die Herstellung eines persönlichen Bezugs zum Thema Nationalsozialismus werden die Teilnehmenden angeregt, ihre Vorannahmen, Erfahrungen und Erwartungen zu finden, zu benennen und zu diskutieren. Eine Reflexion auf die eigene innere Haltung und die inneren Bilder kann Multiplikatorinnen und Multiplikatoren darin stärken, subjektorientiert mit Jugendlichen zu arbeiten: auch sie bringen eigene Einstellungen, Erfahrungen und Erwartungen mit, die ebenso einen Einfluss auf das Lernen haben wie die jeweilige Gruppendynamik, der Kontext des Besuchs und andere Rahmenbedingungen. Subjektorientiertes Arbeiten denkt diese Kontexte mit und ermöglicht einen flexiblen und wertschätzenden Lernraum, in welchem die Jugendlichen und ihre Interessen (soweit möglich) Ausgangspunkt der Auseinandersetzung vor Ort sind. Die Formulierung von Interessen und Fragen steht daher ganz am Anfang einer jeden Maßnahme. Die bisherige Erfahrung aus dem Projekt zeigt, dass dieser Prozess zu Beginn immer wieder als Referenz genutzt wird, wenn es im weiteren Verlauf der Aus- und Fortbildung darum geht, eigene Positionen und Zugänge kritisch zu reflektieren.

Dabei werden durchaus auch Fragen und Unsicherheiten der Teilnehmenden transparent gemacht, eigene familiäre Prägungen und die eigene Eingebundenheit in gesellschaftliche Narrative kommen zum Vorschein. Die Erfahrung einer kritischen und dabei wertschätzenden Auseinandersetzung in der Gruppe sensibilisiert, so die Hoffnung, für die Arbeit mit Jugendlichen und deren vielfältigen Zugängen und Fragen. Zudem verdeutlicht diese selbst gemachte Erfahrung die Wichtigkeit eines subjektorientierten Lernsettings und die Prozesse, die darin pädagogisch begleitet werden können.

Hier vollzieht sich der Rückschluss auf die zu Beginn stattfindende Beschäftigung mit dem eigenen Zugang zum Thema Nationalsozialismus und was es für einen guten Lern- und Arbeitsprozess braucht. Im Laufe der Ausbildung wird darauf immer wieder aktiv Bezug genommen und Methoden daraufhin geprüft, welche Zugänge sie für unterschiedliche Teilnehmende ermöglichen und inwiefern ein persönlicher Zugang zum jeweiligen Thema gefunden werden kann. Selbst eigene Widerstände in der Arbeit zu erfahren und diese zu diskutieren schärft das Bewusstsein für die Herausforderungen und Potenziale subjektorientierter Bildungsarbeit und die eigene Rolle darin.

Grenzen der Subjektorientierung:

Gesellschaftliche und räumliche Einflüsse

Wichtig bleibt bei aller Auseinandersetzung mit den Aufgaben und Rollen von Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen, auch die Grenzen der eigenen Arbeit zu (er)kennen. Katharina Rhein weist in ihrer Arbeit zu »Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft«¹⁵ auf die Gefahren einer »Pädagogisierung« sozialer und gesellschaftlicher Verhältnisse hin, die auch für die Frage nach Zielen und Grundlagen der Gedenkstättenpädagogik relevant sind und ins Projekt einfließen.

Die Erwartung, dass ein Besuch von Gedenkstätten Jugendliche gegen rechtsextreme Einstellungen, Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung immunisieren würde, wird von den meisten Gedenkstättenmitarbeitenden

zu Recht vehement zurückgewiesen. Trotzdem bleibt der Anspruch bestehen, mit der Bildungsarbeit an Gedenkstätten nicht nur Wissen über die Vergangenheit zu vermitteln, sondern durch dieses Wissen auch auf Gegenwart und Zukunft Einfluss zu nehmen. Die Motivation für die häufig herausfordernde Arbeit speist sich, wie oben dargestellt, oft zu einem großen Teil aus diesem Anspruch, die meisten Teilnehmenden des Projekts benennen diesen Anspruch als Motivation für ihre Teilnahme. Gleichzeitig liegt hier das Potenzial der größten Enttäuschung: wie viel Anstöße lassen sich in Bildungsformaten geben, die häufig nur wenige Stunden dauern? Wie viel Raum können Gegenwartsbezüge einnehmen, ohne die Vermittlung historischen Wissens zu vernachlässigen? Wie stark ist der Einfluss der Pädagogik auf diskriminierende Strukturen gesellschaftlichen Ursprungs? In Konsequenz: wie viel Einfluss hat die einzelne pädagogische Mitarbeitende an der Gedenkstätte?

Bei der Stärkung der Kompetenzen der Teilnehmenden für ihre zukünftigen Aufgaben gehört es bei der erwähnten Rollenschärfung daher auch dazu, sich diese Fragen zu stellen und sich die Grenzen der eigenen Arbeit bewusst zu machen und gleichzeitig nicht die Motivation zu verlieren. Ein Bewusstsein über die eigene Involviertheit in diskriminierende Gesellschaftsstrukturen ist ebenso Teil der erläuterten Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle als Gedenkstättenpädagogin, um Spannungen offen legen zu können. Statt auf moralisierende Appelle und einfache Antworten auf komplexe Fragen zurückzugreifen, ist es für eine Bildungsarbeit, der es um Mündigkeit und Kritikfähigkeit geht, zielführender, in die produktive Arbeit mit (jugendlichen) Besucherinnen und Besuchern der Gedenkstätte zu gehen. Das erfordert von Seiten der Mitarbeitenden dabei auch die Fähigkeit und Bereitschaft mit irritierenden und herausfordernden Situationen souverän umgehen zu können. Dafür braucht es Mut zur Auseinandersetzung und die Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten – Kompetenzen, die durch eine professionelle Ausbildung, Vorbereitung und Begleitung gestärkt werden können, und die wir insbesondere durch einen offenen, wertschätzenden und selbstreflexiven Austausch in der Gruppe während der Ausbildungsmodule anregen wollen.

Der Zugang zum Ort

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt liegt in der Beschäftigung mit dem ehemaligen Lager als historischem Tatort in der unmittelbaren Nachbarschaft, seine politische Entwicklung zu einem Gedenkort und seine Bedeutung für die Bildungsarbeit. Über die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen KZ-Außenlager Kaltenkirchen und der heutigen Gedenkstätte wird im Projekt der Blick auf NS-Geschichte, insbesondere im regionalen Kontext gelegt. Damit einher geht aber auch eine kritische Reflexion auf den Ort als solchen.

An Orte des »NS-Geschehens« wird bekanntlich häufig eine hohe Erwartung gestellt – besonders von Seiten der Lehrkräfte, die sich nicht selten die Verknüpfung historischer Lerninhalte mit Emotionen bei ihren Schülerinnen und Schülern erhoffen. Aber auch die Jugendlichen selbst bringen oft konkrete Vorstellungen mit, die aufgeladen sind mit Bildern, die (pop)kulturell geprägt sind. Diese mitgebrachten Vorstellungen von Konzentrationslagern werden beim Besuch einer Gedenkstätte häufig enttäuscht. Das trifft für kleine Gedenkstätten in Schleswig-Holstein wie jene in Kaltenkirchen in besonderem Ausmaß zu, denn:

- 1 In Kaltenkirchen ist von der ursprünglichen Bebauung so gut wie nichts mehr zu sehen, die Besucherinnen und Besucher treffen auf »grüne Wiese« mit nachgeschichtlicher Gestaltung.
- 2 Das KZ Kaltenkirchen war als Außenlager von Neuengamme verhältnismäßig klein, dementsprechend ist das heutige Außenareal sowie der Ausstellungsraum gestaltet.
- 3 Das KZ Kaltenkirchen ist ein Konzentrationslager für Zwangsarbeiter gewesen, die hier gezwungen wurden, eine Landebahn für den örtlichen Flugplatz der Luftwaffe zu bauen. Hier hat keine Vernichtung von Juden stattgefunden und es gibt keine Gaskammern, Krematorien, Rampen oder andere Baulichkeiten, die zu Symbolen für die Shoah geworden sind und damit allgemein die Vorstellungen geprägt haben »was ein Konzentrationslager ist«.

Die oft sehr klaren Erwartungen an den Besuch einer KZ-Gedenkstätte werden dementsprechend oft – ausgelöst durch den vorgefundenen Ort – irritiert. Diese Irritationen machen wir im Projekt zum Ausgangspunkt des Zugangs zum Ort und sprechen mit den Teilnehmenden über Potenziale von Brüchen in Erwartungen und Bildern für eine kritische Bildungsarbeit. Dieses Bewusstsein für die Potenziale von Irritationsmomenten begleitet die gemeinsame Arbeit im Laufe der Aus- und Fortbildung.

Damit verbunden ist eine Auseinandersetzung über die Rolle der pädagogischen Mitarbeitenden, ebenso wie jene der Schülerinnen und Schüler als (potenzielle) Akteure der Gestaltung der Gedenkstätte als Lernort im Heute. Denn so, wie Geschichte immer auch die Geschichte einzelner Personen ist, so gestalten auch einzelne Personen im Kontext z.T. gegenläufiger gesellschaftlicher Verhältnisse heute Erinnerung. Dies zu vermitteln, kann zur Stärkung von Selbstwirksamkeitserfahrung bei (zukünftigen) pädagogischen Mitarbeitenden führen, die einen Ort in ihrer Nachbarschaft erleben, an dem sie jugendliche Besucherinnen und Besucher dabei begleiten sich Geschichte zu erschließen und dabei Gegenwart gestalten können.

Praktisches

Die dargestellten Themen und Fragestellungen begleiten das Projekt und sind in seine Gestaltung und Konzeptionierung eingeflossen. Sie sind die Grundlagen für das Ziel einer Entwicklung von und der Auseinandersetzung mit der Frage nach einer inneren Haltung von gedenkstättenpädagogischen Mitarbeitenden. Sie strukturieren den Aufbau der einzelnen Ausbildungsmodule von »Erinnerung ins Land tragen!« und werden in den regelmäßig dafür eingeplanten Zeiten reflektiert. Sie bilden die gemeinsame Basis der Ausbildungsreihen, die sich ansonsten von ihren inhaltlichen Schwerpunkten unterscheiden.

Die Ausbildung findet in Form von Workshopmodulen oder Summerschools statt, mit je eigenem thematischen Schwerpunkt: Menschenrechte, lokale Geschichtsmittlung, Antisemitismus und rassistuskritische Bildungsarbeit – alle im Kontext der Gedenkstättenpädagogik – werden sich von den Teilnehmenden durch Methoden und begleitende Inputs erarbeitet. Die Geschichte des KZ-Außenlagers Kaltenkirchen und die Arbeit an der Gedenkstätte heute im Kontext der schleswig-holsteinischen Erinnerungskultur, bilden den konkreten Ansatzpunkt der Auseinandersetzung mit NS-Geschichte und den mit ihr spezifisch verbundenen Themenbereichen wie Zwangsarbeit, das System der Konzentrationslager, Widerstand und Solidarität innerhalb der

Häftlingsgesellschaft. Die spezifischen Einheiten zum Schwerpunktthema werden dabei immer begleitet durch Einheiten zur Grundlagen der Gedenkstättenpädagogik und in wiederkehrenden Schleifen wird auf eigene Erfahrungen, Erwartungen und Erkenntnisse reflektiert. Das zentrale Ziel, das mit all diesen Themen verbunden ist, bildet die Entwicklung einer selbstreflexiven inneren Haltung für den Einstieg in die gedenkstättenpädagogische Arbeit.

Zwei Drittel des Projekts haben zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels erfolgreich stattgefunden. Was heißt erfolgreich? Zunächst ist festzuhalten, dass das Aus- und Fortbildungsangebot sehr gut angenommen wird. Für alle drei bisher stattgefundenen Formate gab es eine hohe Nachfrage – das war im Vorfeld nicht selbstverständlich. Wie hoch die Nachfrage an einer Weiterbildung zu diesem Thema in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein mit einer niedrigen Bevölkerungszahl und einer, wie beschrieben, in weiten Teilen wenig etablierten und bekannten Gedenkstättenlandschaft sein würde, war im Vorfeld eine offene Frage.

Nun haben allein im Jahr 2021 bereits 50 Personen bei »Erinnerung ins Land tragen!« teilgenommen, 2022 rechnen wir mit etwa 30 weiteren Teilnehmenden. Eine unabhängige Sozialwissenschaftlerin begleitet seit Juni 2021 das Projekt. Wie erfolgreich die benannten Ziele des Projekts tatsächlich erreicht wurden, wird eine von ihr erstellte wissenschaftliche Ergebnisevaluation zeigen. Diese soll dann auch ganz praktisch messbare Ergebnisse liefern, die auf der politischen Ebene die langfristigen Potenziale professioneller gedenkstättenpädagogischer Strukturen im ländlichen Raum in Schleswig-Holstein zeigten.

Deutlich ist geworden, dass es ein großes Interesse an beruflicher Weiterbildung im Feld der Gedenkstättenpädagogik gibt und diese als Berufsfeld für viele Menschen attraktiv erscheint. Eine Aus- und Fortbildung wie »Erinnerung ins Land tragen!«, die zwar ihren Ausgangspunkt an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen nimmt, aber eine Teilnahme auch unabhängig von einem späteren Einstieg als Mitarbeitende anbietet, bietet hier einen guten Einstieg für sehr unterschiedliche Interessierte. Auch wenn von Seiten der Projektträger der Wunsch besteht, das Teilnehmende des Projekts in die Arbeit vor Ort einsteigen, so ist dies nicht der einzige praktische Erfolg. Absolventinnen und Absolventen der Aus- und Fortbildung nehmen die Zugänge, Themen und das erworbene Wissen in ihren Alltag und vielfältigen Berufe mit. Damit wird ganz praktisch, über die konkreten Gedenkstätten hinaus, Erinnerung ins Land getragen.

Herausforderungen. Und: wie weiter?

Was sich aktuell als eine besondere Herausforderung darstellt, ist die Einbindung der Teilnehmenden am Projekt in die praktische Arbeit vor Ort. Hier offenbaren sich noch einmal die bereits genannten Herausforderungen, mit denen sich kleine Gedenkstätten im ländlichen Raum konfrontiert sehen: so ist die KZ-Gedenkstätte in Kaltenkirchen nicht an den ÖPNV angebunden, es fehlt (noch) an ausreichend Mitteln für Honorare und es müssen Strukturen für die Einbindung der Guides an den Orten selbst geschaffen werden.

Hinzu kommt, dass die Covid-19-Pandemie einen deutlichen Einfluss auf die Veranstaltungen an der Gedenkstätte hat. Bildungsformate müssen immer wieder verschoben oder abgesagt werden. Die Einbindung der ausgebildeten Guides verzögert sich dadurch deutlich.

Eine wesentliche, wenn auch nicht unbedingt neue Erkenntnis des Projekts ist daher: motivierte Personen für ein gedenkstättenpädagogisches Engagement zu finden ist gut möglich, auch in strukturschwächeren und ländlichen Regionen – der Aufbau verlässlicher Strukturen um diese an Gedenkstätten im ländlichen Raum einzubinden ist dagegen eine Herausforderung.

Im Zuge der Erfahrung des Projekts wird daher der Aufbau eines landesweiten Netzwerks ins Auge gefasst, in dem sich Absolventinnen und Absolventen perspektivisch gedenkstättenübergreifend organisieren und austauschen können. Angedacht sind regelmäßige Vernetzungstreffen, Workshops zur Fortbildung, die gemeinsame Entwicklung von Projekten und mehr. Die im Projekt geschulten Guides könnten wiederum nicht nur an einer Gedenkstätte aktiv werden, sondern, je nach Bedarf, ihre Kompetenzen an verschiedenen Orten einbringen. Inwiefern das in Zukunft umsetzbar ist, wird sich zeigen – die Herausforderungen bezüglich der Organisation und Begleitung dieses Netzwerks bleiben. Eine stabile und auskömmliche Finanzierung besonders kleiner und ländlicher Gedenkstätten würde daher auch die Weiterentwicklung und Etablierung von Qualitätsstandards in der gedenkstättenpädagogischen Bildungsarbeit stärken, wie sie hier skizziert wurden.

Das Projekt »Erinnerung ins Land tragen!« selbst wird dieses Jahr enden, in der ersten Jahreshälfte 2022 finden zwei weitere Ausbildungsformate statt, dann ist die Umsetzungsphase abgeschlossen. Die Erfahrungen, die in den dann zweieinhalb Jahren Laufzeit gemacht wurden, sollen im Anschluss des Projekts im Rahmen einer Publikation zusammengetragen und allgemein zugänglich gemacht werden und damit auch anderen Gedenkstätten als Ressource dienen.

Subjektorientiertes Arbeiten, internationale Perspektiven auf das System Konzentrationslager, verstärkte Multiperspektivität, wachsender Antisemitismus und Rechts extremismus sowie die Auseinandersetzung mit der Entstehung der Gedenkstätten und der Geschichte von Erinnerung und Gedenken sind nur eine kleine Auswahl von aktuellen Themen, mit denen sich die Gedenkstättenpädagogik konfrontiert sieht. Um diesen angemessen und subjektorientiert zu begegnen, können professionelle Aus- und Weiterbildungsstrukturen, wie sie im Rahmen von »Erinnerung ins Land tragen!« entwickelt und erprobt werden, beitragen.

Wir erhoffen uns damit nicht nur die Stärkung und Weiterentwicklung der Gedenkstättenlandschaft in Schleswig-Holstein, sondern auch Impulse für andere Orte und insbesondere kleine Gedenkstätten ohne professionelle Bildungsabteilung. Darüber hinaus können die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Projekt für die Debatte um Grundlagen einer professionellen Gedenkstättenpädagogik insgesamt genutzt werden.

Freya Kurek ist Politikwissenschaftlerin und historisch-politische Bildnerin aus Frankfurt am Main. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Gedenkstättenpädagogik, Antisemitismus, Kritische Theorie und die Frage nach den gesellschaftlichen Aus- und Fortwirkungen des NS heute. Seit 2020 leitet sie das Projekt »Erinnerung ins Land tragen!« an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen.

- 1 Thimm/Köbler/Ulrich, 2010.
- 2 Ebd., S. 25ff.
- 3 Ebd., S. 13.
- 4 Siehe z.B. Susanne Popp: Universitäre Ausbildung, Geschichtsdidaktik und die Gedenkstättenpädagogik, Gedenkstättenrundbrief Nr. 189; 6/2018.
- 5 Das soll nicht unterschlagen, dass es auch an kleinen Orten im ländlichen Raum nicht an spannenden Initiativen und Projekten mangelt, die sich diesem Thema widmen. Anzuführen wären hier z.B. die Ausbildung zum »Jugendguide zur NS-Geschichte vor Ort in Brandenburg« bei »Zeitwerk« oder das Ebenfalls von der BKM geförderte Projekt »Mehr als Vergangenheit« an den KZ-Gedenkstätten Ladelund und Husum-Schwesing in Zusammenarbeit mit der Nordseeakademie Leck in Schleswig-Holstein.
- 6 www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/Themen/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/laendlicheraume.html (abgerufen am 20. 1. 2021).
- 7 Hoffmann/Wulf, S. 13.
- 8 Siehe dazu Stephan Link: »Rattenlinie Nord«. Kriegsverbrecher in Flensburg und Umgebung im Mai 1945, in: Paul/Schwensen (Hrsg.): Mai '45. Kriegsende in Flensburg. Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte 2015.
- 9 Zu Paul Pagel: <https://geschichte-s-h.de/sh-von-a-bis-z/r/renazifizierung/>(abgerufen am 18. 1. 2022)
- 10 Eine umfassendere Darstellung zur Geschichte und Entwicklung der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein siehe u.a.: Schmid, Harald: Gedenkstätten und Erinnerungsorte, BGSH 2020.
- 11 »Mehr als Vergangenheit«, ein Multiplikator*innen Projekt an den Gedenkstätten Ladelund und Husum-Schwesing in Kooperation mit der Nordseeakademie Leck und »Was geht uns das an?«, ein Jugendprojekt an der Gedenkstätte Ahrensböök.
- 12 Adorno 2008, S. 27.
- 13 Davon zeugen vielfältige Publikationen, nicht zuletzt »Adorno revisited«, 2010 herausgegeben von Klaus Ahlheim und Matthias Heyl, oder »Politische Bildung nach Auschwitz«, 2015 herausgegeben von Benedikt Widmaier und Gerd Steffens.
- 14 Haug: Am »authentischen« Ort, 2015.
- 15 Rhein, 2019.

Literatur:

- Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Suhrkamp 2008.
- Brodén, Anne/Höbl, Stefan E./Meier, Marcus (Hrsg.): Antisemitismus, Rassismus und das Lernen aus Geschichte(n), Beltz Juventa 2017.
- Haug, Verena: Am »authentischen Ort«. Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik, Metropolis 2015.
- Hoffmann, Erich/Wulf, Peter: »Wir bauen das Reich«: Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Wachholtz 1983.
- Popp, Susanne: Universitäre Ausbildung, Geschichtsdidaktik und die Gedenkstättenpädagogik, Gedenkstättenrundbrief Nr. 189; 6/2018.
- Stephan Link: »Rattenlinie Nord«. Kriegsverbrecher in Flensburg und Umgebung im Mai 1945, in: Paul/Schwensen (Hrsg.): Mai '45. Kriegsende in Flensburg. Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte 2015.
- Thimm, Barbara/Köbler, Gottfried/Ulrich, Susanne: Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Brandes & Apsel 2010.
- Rhein, Katharina: Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Herausforderungen für die Pädagogik, Beltz 2019.

Gegenwartsbezüge in der Gedenkstättenarbeit

EINE POSITIONSBESTIMMUNG DER FACHKOMMISSION
DER STIFTUNG HAMBURGER GEDENKSTÄTTEN UND LERNORTE
ZUR ERINNERUNG AN DIE OPFER DER NS-VERBRECHEN

Einleitung

Gedenkstätten zur Erinnerung an das nationalsozialistische Unrecht haben in der demokratischen Gesellschaft den Auftrag, Wissen über Formen, Ursachen und Folgen schwerster Menschheitsverbrechen zu vermitteln. Doch inwieweit beinhaltet dieser Auftrag auch, sich zu gegenwärtigen gesellschafts- und geschichtspolitischen Fragen zu äußern?

Auf Wunsch des Stiftungsrats befasste sich die Fachkommission der »Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen« (SHGL) mit dem Verhältnis von aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und der Gedenkstättenarbeit. Immer öfter sehen sich Gedenkstätten damit konfrontiert, in geschichtspolitischen Kontexten für unterschiedliche Ziele als Referenz herangezogen und zitiert zu werden. Gut ist es dann, eine Grundlage für die eigene Positionierung zu haben: Das Ergebnis des Austauschs in der Fachkommission der SHGL ist das Eckpunktepapier »Gegenwartsbezüge in der Gedenkstättenarbeit«, das wir hier teilen möchten. Wir verstehen unser Gespräch als ein Beispiel für die aktive Reaktion auf gegenwärtige Erfahrungen in der Gedenkstättenarbeit. Außerdem möchten wir mit der Veröffentlichung ein Diskussionsangebot machen. Wir freuen uns, wenn das Statement zu weiteren Gesprächen und Verständigungen beiträgt.

Das Eckpunktepapier im Wortlaut:

Gegenwartsbezüge in der Gedenkstättenarbeit

Gedenkstättenarbeit in Deutschland bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart. In jüngerer Zeit wird dies besonders durch eine Transformation der Erinnerungskultur, die Diversifizierung der Gesellschaft und eine wachsende Sensibilität für Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus akzentuiert.

Gedenkstätten sind dabei immer wieder mit Versuchen politischer Instrumentalisierung konfrontiert, etwa indem sie zu Orten einer Imprägnierung gegen geschichtsrevisionistische Haltungen erklärt werden. Gleichzeitig steht in Frage, inwiefern Gedenkstätten in aktuellen Debatten über die Deutung der nationalsozialistischen Vergangenheit und zu gesellschafts-politischen Fragen selbst Position beziehen und aktiv werden sollen oder können. Vor diesem Hintergrund skizziert die Fachkommission der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen (SHGL) im Folgenden ihr Verständnis eines geschichts- und gesellschaftspolitischen Mandats von Gedenkstätten.

Auftrag

Die SHGL erinnert am historischen Ort des ehemaligen KZ Neuengamme, an drei seiner Hamburger Außenlager sowie an dem Deportationsort Hannoverscher Bahnhof an die nationalsozialistischen Verbrechen, sie erforscht und vermittelt deren Geschichte und Folgen und sie bewahrt das Gedenken an die Verfolgten des NS-Regimes. Die Aufklärung

über die nationalsozialistischen Verbrechen schließt die Auseinandersetzung mit deren Folgen und die kritische Reflexion über »den gesellschaftlichen Umgang mit dem historischen Geschehen bis in die Gegenwart« ein (§ 2 Hamburgisches Gedenkstättengesetz).

Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus repräsentieren heute als zentrale Bestandteile der Geschichtskultur das Bewusstsein einer herausgehobenen historischen Bedeutung der vom deutschen Staat unter Beteiligung und Billigung weite Teile der Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 begangenen Menschenrechtsverbrechen. In dieser Eigenschaft bilden sie erstens Institutionen der wissenschaftlichen Erforschung der Vergangenheit. Da sie gleichzeitig Räume für dynamische Aktualisierungen der Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit bieten, stellen sie zweitens wichtige gesellschaftliche Foren dar. Sie vertreten drittens in besonderer Weise die Perspektive und Interessen der ehemals Verfolgten und ihrer Hinterbliebenen. Hierin gründet ein genereller Auftrag, sich als institutionelle Akteure einer gegenwartsbezogenen Erinnerungskultur ebenso zur öffentlichen Deutung von Praktiken historischer Ausgrenzung und Verfolgung wie zu Formen aktueller gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ihren Ursachen und Folgen zu äußern.

Die SHGL sieht sich zudem der 2012 von der »International Holocaust Remembrance Association« und dem »International Committee for Memorial Museums for Victims of Public Crimes« verabschiedeten »Internationalen Gedenkstätten-Charta« verpflichtet. Sie betont die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen sowie die aus der Bewahrung und Vermittlung des historischen Vermächnisses der Opfer resultierende gegenwartsbezogene Verantwortung für den Schutz der Würde der Opfer, die Integration gesellschaftlicher Minderheiten und die Schaffung pluralistischer Erinnerungskulturen. Gedenkstätten haben demnach das Mandat, zu einer humanitären und staatsbürgerlichen Bildung beizutragen und Interpretationen der Vergangenheit in aktuelle geschichts- und gesellschaftspolitische Debatten einzubringen. Sie sind dabei der Aufklärung über die NS-Vergangenheit und seiner Folgen verpflichtet. Gedenkstätten dürfen keinesfalls als Mittel zur Erreichung bestimmter richtungspolitischer Zwecke eingesetzt werden.

Die SHGL beachtet in ihrer Arbeit, dass Besucher*innen weder überfordert noch indoktriniert werden und dass kontroverse Themen auch kontrovers behandelt werden. Die Verknüpfung historischer und aktueller Fragestellungen trägt zur Entwicklung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins und einer reflexiven, selbstkritischen Erinnerungskultur bei und stärkt das Bewusstsein für die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte.

Herausforderungen und Maßnahmen

Die gegenwärtige deutsche Gesellschaft kennzeichnen multiple Formen der Erinnerung an den Nationalsozialismus, die aus dem wachsenden zeitlichen Abstand, aber auch aus historischen und gegenwärtigen transnationalen und globalen Verflechtungen sowie aus Zuwanderung und gesellschaftlicher Diversität entstehen. Die SHGL fördert deshalb vielfältige Zugänge zur Geschichte des Nationalsozialismus, unter anderem durch die differenzierte Betrachtung verschiedener Verfolgten- und Tätergruppen sowie durch eine reflexive Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven oder Bezüge zum Zweiten Weltkrieg und zum Nationalsozialismus.

In diesem Sinne arbeitet die SHGL darauf hin, vereinfachende Vorstellungen zur nationalsozialistischen Vergangenheit aufzulösen, wie sie zum Beispiel nach wie vor das Bild von Täter*innen und gesellschaftlicher Mitverantwortung prägen. In der Arbeit werden neben heutigen öffentlichen – politischen, medialen, gesellschaftlichen – Positionen auch private – familiäre, individuelle, gruppenbezogene – Einstellungen und Kommunikationsräume einbezogen. Es werden gesellschaftlich-strukturell wie institutionell wirksame gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen der Gegenwart thematisiert und auf ihre Kontinuitäten sowie Brüche zu geschichtsrevisionistischen, rassistischen, antisemitischen und antiziganistischen Denkweisen und Handlungen hin betrachtet.

Zu diesem Zweck umfasst der Bildungsauftrag der SHGL unter anderem internationale Begegnungen und Programme auch und insbesondere in der Jugendbildung zur Stärkung von Minderheitenrechten und zur Förderung von Toleranz, Vielfalt und Diversität. Diese Programme fördern das Potenzial eines kritischen historischen Denkens und stellen damit einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Geschichtskultur dar.

Ihrem Auftrag und Mandat kann die SHGL auch dadurch gerecht werden, dass sie sich auf der Basis ihrer wissenschaftlichen und praktischen Expertise in gesellschaftliche Debatten einbringt, um menschen- und demokratiefeindliche Tendenzen anzusprechen und ihnen entgegenzutreten. Dies soll insbesondere dann der Fall sein, wenn geschichtspolitische Umdeutungen der Vergangenheit den Grundprinzipien der Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen widersprechen.

Die Mitglieder der Fachkommission:

Dr. Sabine Bamberger-Stemann, Leiterin, Landeszentrale für politische Bildung

Prof. Dr. Kirsten Heinsohn, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Prof. Dr. Habbo Knoch, Universität zu Köln, Historisches Institut

Prof. Dr. Andreas Körber, Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Birthe Kundrus, Universität Hamburg Fakultät für Geisteswissenschaften, Historisches Seminar

Dr. Ekaterina Makhotina, Universität Bonn, Abteilung für Osteuropäische Geschichte

Prof. Dr. Günter Morsch, ehemaliger Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Vorsitzender der Fachkommission

Prof. Dr. Miriam Rürup, Moses Mendelsohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien Potsdam

Prof. Dr. Jens-Christian Wagner, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Sowie für die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte an die Opfer der NS-Verbrechen:

Prof. Dr. Detlef Garbe und **Dr. Olliver von Wrochem**

Arbeitende Gedenkstätten – Gedenkstätten sind Arbeit

DER ARBEITSKREIS RÄUME ÖFFNEN: EINE INTERVENTION.

Redaktionskollektiv des Arbeitskreis Räume Öffnen¹

Redaktionskollektiv AK Räume Öffnen

Wenn die Teilnehmenden kommen, um kurz nach 9 Uhr, sind schon viele Handgriffe getan. Licht an im Flur, der Counter und der Shop sind vorbereitet für den Tag. Die Touch-Screens in der Ausstellung wachen auf. Stuhlkreis, Pinnwand, Skript und Ablaufplan warten auf die Besuchenden, die ein paar Stunden dieses Tages in der Gedenkstätte verbringen werden. Wir kennen die Gruppe, die gleich eintrifft, noch nicht. Im telefonischen Vorgespräch haben wir Erwartungen, Möglichkeiten, und Zeitfenster ausgelotet.

Arbeitende Gedenkstätten sind Orte, die verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden müssen: Sie sind Räume für Forschung und Vermittlung, für Sammlung und Archivierung, für den Erhalt von Gebäuden und ihren historischen Überresten, ein Ort der Freizeitgestaltung oder der außerschulischen Bildungssettings. In dieser Funktion weisen Gedenkstätten in voller Absicht auf Erinnerungsspuren hin, die in der Regel unbequem, immer jedoch mindestens sperrig und komplex sind. Es geht um Gewaltherrschaft, Überwachung und Strafen, um Verschleppung, Zwangsarbeit, Ausbeutung und Mord. Dadurch kommt den historischen Orten eine emotionale und symbolische Bedeutung zu – nicht zuletzt für Überlebende, Angehörige und von Gewalt betroffene Menschen.

Zugleich brauchen Gedenkstätten eine Infrastruktur, die sie für Besuchende ansprechend macht und ihre Grundbedürfnisse erfüllt. Wer eine Gedenkstätte besucht, möchte auch einen Platz zum Ausruhen finden, ein Café vielleicht oder einen Getränke-Automaten.

Das allein macht Gedenkstätten bereits zu anspruchsvollen, mitunter widersprüchlichen Orten. An ihnen kommen zugleich aber auch jeden Tag Menschen zusammen, die unterschiedlicher nicht sein könnten in dem, was sie herführt – für einige ihr Beruf, für andere ein Bildungsprogramm, der Durst nach Wissen, ein privates historisches Interesse oder aber einfach ein freies Zeitfenster am Sonntagnachmittag. Für manche ist es die Suche nach Fragmenten einer Familiengeschichte oder die Erinnerung an die Liebsten, die hierher verschleppt und häufig auch ermordet wurden. Wiederum andere folgen dem Imperativ einer empfundenen historischen Verantwortung, des Klassen- oder Gruppenverbundes, der an der Gedenkstätte dem »Authentischen« des Holocaust und der Verbrechen des Nationalsozialismus nachzuspüren sucht.

An Gedenkstätten kommen all diese Motivationen, Erwartungen und Erfahrungen in Räumen zusammen, die im Kleinen wie im Großen sozial und (geschichts-)politisch konstruiert sind und täglich neu geschaffen und angeeignet werden – durch Besuchende, aber nicht zuletzt auch durch die Menschen, die an diesen Orten arbeiten.

Die pädagogisch Tätigen sind dabei nur ein Teil derjenigen, die dafür sorgen, dass Gedenkstätten als arbeitende Orte lebendig und als Räume zugänglich sind. Genauso gehören jene dazu, die sie leiten, die die Heizung warten oder die dafür sorgen, dass in der Garderobe nichts liegenbleibt. Wenn ein Tag in einer Gedenkstätte erfolgreich zu

Ende geht, der Seminarraum für die nächste Gruppe, die morgen kommt, vorbereitet ist, dann haben Menschen gearbeitet und damit einen Möglichkeitsraum reflexiver Bildungsarbeit eröffnet.

Alle, die sich in diesem Raum getroffen haben, gehen am Ende mit Gefühlen und Haltungen nach Hause. Nicht zuletzt sind sie an jedem dieser Tage Teil eines Prozesses der Aneignung und Gestaltung.

Unsere Beschreibung macht deutlich, dass Gedenkstätten nicht servierfertig zur Verfügung stehen, sondern als Räume jedes Mal aufs Neue hergestellt und gestaltet werden – durch diejenigen die dort arbeiten aber auch durch alle, die an die Orte und in die Häuser kommen, sie nutzen und sie sich aneignen. Und doch »eröffnen« Gedenkstätten nicht täglich neu. Sie sind historisch erkämpfte und gewachsene Orte. Die Aneignungen finden im Rahmen gewachsener Strukturen und damit auch in vorgefertigten, teils ausgetretenen Bahnen statt, die einem Eigensinn sogar im Wege stehen können. Während einerseits Besuchende aufgefordert sind, zu reflektieren, was diese Orte für sie bedeuten, sind andererseits Bedeutungszuschreibungen schon längst gegeben.

»Räume Öffnen« – Name, Zielsetzung und Programm

Ein Beispiel dafür ist der Tenor des Jahres 2016 hinsichtlich zielgruppenorientierter und vor allem projektgeförderter Gedenkstättenarbeit: »Machen Sie eigentlich auch was mit Flüchtlingen?« – so der Titel des ersten Artikels einiger Autorinnen und Autoren des vorliegenden Beitrags, der sich mit eben diesem Phänomen beschäftigt.

Damals wurden an vielen Einrichtungen gedenkstättenpädagogische Förderprojekte etabliert, die sich als »Integrationsmaßnahme« explizit an Geflüchtete richteten. Einige der Gedenkstättenmitarbeitenden, die mit diesen Projekten betraut wurden, fanden diese Vereinnahmung und die damit einhergehenden homogenisierenden und rassistischen Implikationen befremdlich und schlossen sich zum »Arbeitskreis Räume Öffnen« zusammen, um ihre eigenen Ideen und Ansätze kritisch zu betrachten. Statt exklusive »Spezialprogramme« für die imaginierte »Zielgruppe« Refugees zu konzipieren, konnten im Austausch miteinander Strategien entwickelt werden, um allgemein diskriminierungs- und machtkritische Perspektiven in die jeweiligen Institutionen einzubringen. Diese erste intensive Auseinandersetzung half uns, unser damals diffuses Unbehagen in und mit unseren Aufgaben in der Institution Gedenkstätte klarer zu fassen und Handlungsoptionen zu diskutieren.

Inzwischen ist »Räume Öffnen« Name, Zielsetzung und Programm zugleich: Die Mitglieder des Arbeitskreises verfolgen das Anliegen, die Diskrepanz zwischen eigenen, professionsbezogenen, institutionellen wie gesellschaftlichen Ansprüchen produktiv zu nutzen und Gedenkstätten als Handlungsräume zu verstehen, in denen Geschichtskultur reflektiert, kritisiert und transformiert werden kann. Nicht zuletzt, um so das kritische Potenzial dieser Orte auszuloten.

Wer wir sind und was wir wollen

Der professionsbezogene Konsens des Netzwerkes ist in Form eines sich stetig weiter entwickelnden Prozesspapiers festgehalten, das im Folgenden vorgestellt wird:

Der Arbeitskreis »Räume Öffnen« besteht seit 2016 und ist ein loser Zusammenschluss unterschiedlicher Personen, die pädagogisch zum Themenfeld »Erinnerungskulturen und Nationalsozialismus« arbeiten.

Wir sind größtenteils pädagogisch und kuratorisch an unterschiedlichen Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren im deutschsprachigen Raum tätig. Der Arbeitskreis ist für uns ein Raum, in dem wir unserer Arbeitspraxen, Selbstverständnisse und Institutionen gemeinsam kritisch reflektieren.

Unser Ziel ist es, eine gemeinsame Grundhaltung zu entwickeln, die konsequent Ausgrenzung, Diskriminierung und Machtstrukturen als Probleme benennt, bekämpft und sie in emanzipatorischer Absicht zu verändern sucht – sowohl in unseren Institutionen als auch in der Gesellschaft als Ganzem.

Unser kontinuierlicher Austausch miteinander macht uns dabei immer wieder bewusst, dass wir aufmerksam, hartnäckig und sperrig sein müssen, wenn wir dort herrschende Missstände sowie Ausschlüsse marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen verändern wollen. Wir wollen die Strukturen und die Orte öffnen, in denen wir unterwegs sind, und eine Erinnerungsarbeit für die Gesellschaft der Vielen etablieren.

Das bedeutet für uns, dass Institutionen wie Gedenkstätten oder NS-Dokumentationszentren Räume sein oder werden müssen,

- die Teilhabe als Mitbestimmung ermöglichen,
- die gegenhegemoniale Positionen (ein)beziehen
- die eine inklusive Erinnerungskultur durchsetzen
- die rassistische (und alle anderen diskriminierenden) Realitäten stören und aktiv für eine solidarische »Gesellschaft der Vielen« eintreten.

Prozesspapier

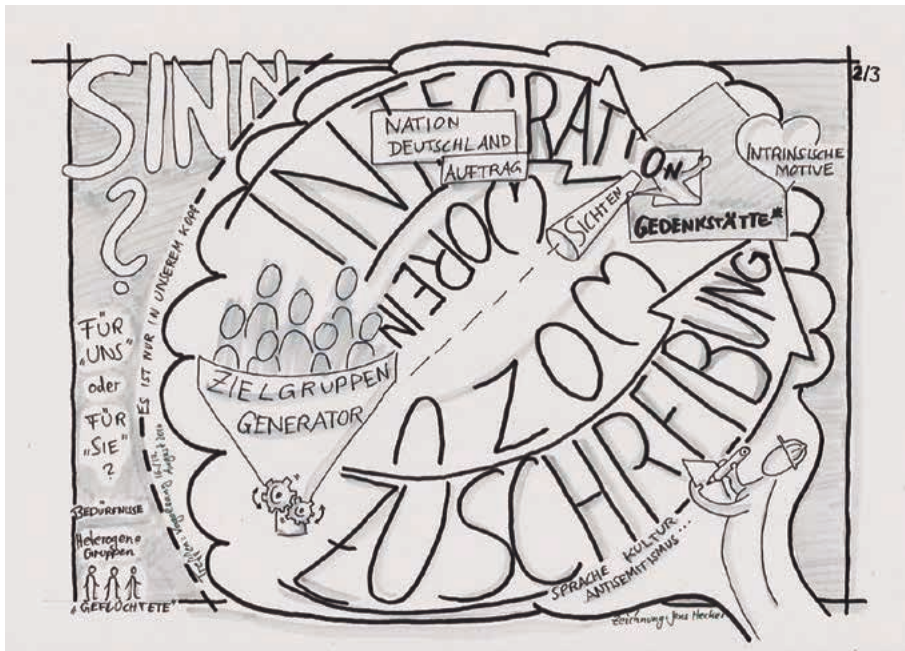
Im Folgenden zeigen wir Beispiele für unterschiedliche Räume auf, die wir (er)öffnen möchten. Dabei war es uns wichtig voranzustellen, was wir unter bestimmten Begriffen verstehen, die wir darin verwenden:

- **Wir:** Die Mitglieder des Arbeitskreises Räume Öffnen
- **Räume:** Verstehen wir als hergestellte soziale Realitäten. In unserer Arbeit stoßen wir nicht nur auf bestehende Räume, sondern schaffen auch selbst täglich Räume, die mehr oder weniger offen oder geschlossen sind. Räume werden gemacht, können einschließen und ausschließen, können besetzt und angeeignet werden. Bildungsarbeit findet in unterschiedlichen Räumen statt, die wir aktiv gestalten wollen.
- **Institutionen:** Verstehen wir hier als Orte des Gedenkens, der Bildung, Forschung, Begegnung, die sich explizit mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Verbrechen sowie deren Folgen für Gegenwart und Zukunft befassen.
- **Alle:** Mit alle meinen wir Personen, die sich an historischen Tatsachen orientiert mit den Verbrechen des Nationalsozialismus befassen und diese weder relativieren noch verherrlichen.

Wir bewegen uns alle zwischen verschiedenen Räumen. Die Leerstellen wollen wir besetzen, ausfüllen und immer wieder neu denken. Deshalb sehen wir unsere Positionierung als Prozesspapier, das wir stetig weiterentwickeln. Unsere angedachten Räume sind ein Angebot über die bestehenden Zustände nachzudenken.

Radikal-demokratische Räume

Wir setzen uns für eine Demokratisierung der Gedenk- und Erinnerungskultur ein. Allen Personen sollte – unabhängig von Status und Position – der Zugang zu Mitge-



»In wessen Auftrag«. Grafisches Protokoll des ersten Netzwerktreffens 2016. Alle Protokolle: Jens Hecker

staltung und Teilhabe über die Belange der Institutionen ermöglicht werden, beispielsweise durch Mitarbeit in Gremien, Zugang zu Fortbildungen und Diskussionsräumen. Dabei wollen wir die Grenzen zwischen den »Insidern« sowie »Profis« innerhalb der Institutionen und der »Zivilgesellschaft« außerhalb aufbrechen. (Erfahrungs-)Wissen aus der Praxis muss anerkannt und einbezogen werden.

Selbstbestimmte Räume

Wir setzen uns für mehr Selbstbestimmung in der Bildungsarbeit an unseren Institutionen ein. Wir fordern eine gemeinsame Aushandlung darüber, mit welchen Gruppen oder Kooperationspartner:innen eine Zusammenarbeit stattfindet und mit welchen nicht. Dazu gehört auch, die Rahmenbedingungen gemeinsam zu setzen, wenn etwa uniformierte Gruppen (Bundeswehr, Polizei) Angebote der Institutionen wahrnehmen wollen. Was macht das mit einem Lernraum, in dem auch immer potenziell Betroffene, beispielsweise von Polizeigewalt, sind? Überlegungen wie diese gilt es anzugehen und Konsequenzen zu ziehen. Die Ergebnisse der Aushandlungen müssen nach Außen kommuniziert werden: Was machen wir? Was machen wir nicht? Und warum?

Reflexionsräume

Wir verstehen unsere Institutionen als lernende Organisationen, in denen interne sowie gesamtgesellschaftliche Machtstrukturen und Hierarchien fortlaufend reflektiert werden müssen, damit diese langfristig reduziert werden können. Hierfür müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören Optionen kritischer (Selbst-)Reflexion, kollegialer Austausch, Supervisionen sowie solidarische Netzwerke. Wir wollen uns nicht auf dem Bestehenden ausruhen, sondern unser eigenes Handeln im Sinne einer emanzipatorischen erinnerungskulturellen (Bildungs-) Praxis in Frage stellen und weiterentwickeln. Hierzu bedarf es der Offenlegung eigener

Wissenslücken, Zweifel und Neugier sowie einer Arbeitsatmosphäre, die Konflikte als Lernchancen begreift und annimmt. Widersprüche sind in unserer Arbeit unvermeidbar und Fehler passieren. Um diese produktiv nutzen zu können, wollen wir eine offene, wertschätzende und lernende Gesprächs- und Organisationskultur stärken.

Gesicherte Arbeitsräume

An Gedenkstätten finden ganz unterschiedliche Aktivitäten und Arbeiten statt, die von ehrenamtlich Tätigen über freie Mitarbeitende bis hin zu Festangestellten geleistet werden. Diese erfordern ein hohes Maß an Fachwissen, Praxiserfahrung und Flexibilität. Hierzu bedarf es finanzieller Sicherheit. Im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit überwiegt allerdings prekäre Beschäftigung, sei es von freien Mitarbeitenden oder Festangestellten, bei denen sich bestenfalls eine befristete Projektstelle an die nächste reiht. Emanzipatorische und diskriminierungskritische Ansätze in unseren Institutionen zu etablieren ist jedoch nur möglich, wenn ausreichend Ressourcen sowie genügend Zeit zur Verfügung stehen.

Wir fordern, dass sofort politische und rechtliche Grundlagen geschaffen werden, die eine kontinuierliche Bildungsarbeit jenseits zeitlich begrenzter Modellprojekte und unsicherer Folgefinanzierung gewährleisten. Wir fordern faire Arbeitsbedingungen und Lohngerechtigkeit. Wir fordern, dass die Entscheidungstragenden der jeweiligen Institutionen solidarisch mit ihren freien und festangestellten Mitarbeitenden sind und in deren Sinne agieren.

Gemeinsame Räume

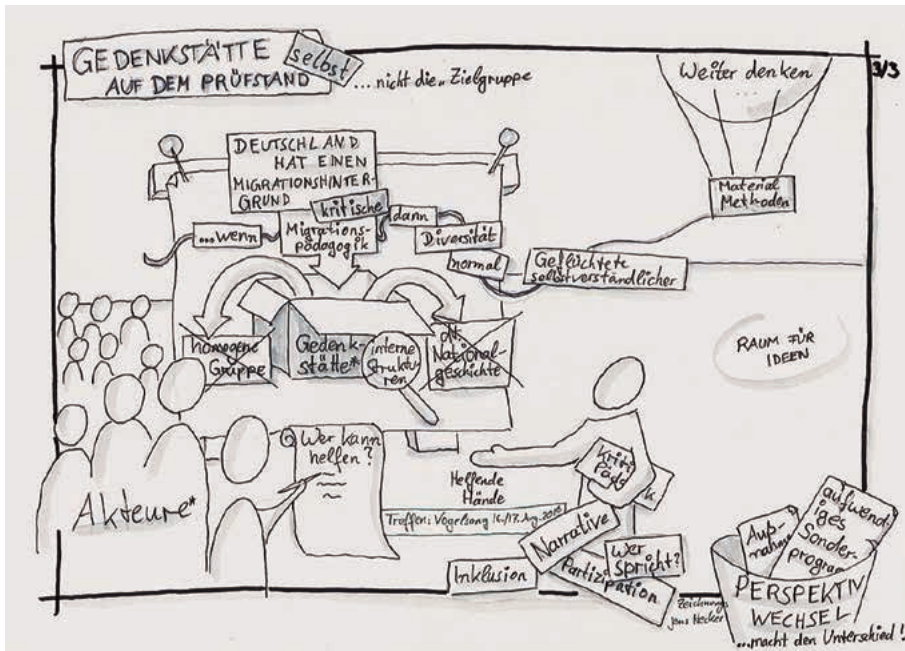
Wir wünschen uns eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und die Wertschätzung der Vielfältigkeit aller in der Institution. Häufig nehmen wir jedoch ein Ungleichgewicht im Stellenwert zwischen der als wissenschaftlich verstandenen und der »nur« pädagogischen Arbeit wahr. Zudem führen starre Hierarchien dazu, dass Kenntnisse, Erfahrungen und Kompetenzen, insbesondere von freien Mitarbeitenden und ehrenamtlich Tätigen häufig nicht als Ressourcen gesehen und somit unsichtbar gemacht werden. Schwere, akademische Sprache, Vorgaben bezüglich Bildungsgrades oder Berufserfahrung behindern das Abbilden von Vielfalt als gesellschaftlicher Realität im Team.

Die meisten Gedenkstätten sind aus radikaldemokratischen Initiativen entstanden. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine barrierearme Zusammenarbeit und institutionelle Struktur ein, die die jeweiligen professionellen Kenntnisse und Erfahrungen in diesem Sinne anerkennt und wertschätzt.

Solidarische und sichere Räume

Gedenkstätten und NS-Dokumentationen verstehen wir als politische Institutionen und als gesellschaftliche Akteurinnen. Wir stellen uns klar gegen die Idee einer vermeintlichen politischen Neutralität dieser Institutionen.

Stattdessen fordern wir (Bildungs-) Räume so zu gestalten, wie wir uns eine Gesellschaft der Vielen vorstellen: solidarisch, machtkritisch und sicher. Dabei agieren wir aus der parteiischen Positionierung für und mit Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Dies bedeutet, dass rechte Positionen keinesfalls ausgehalten werden müssen. Jeder Form von Ungleichwertigkeitsvorstellungen wie bspw. Rassismus, Antisemitismus, Anti-Feminismus gilt es entschlossen entgegen zu treten.



»Die Gedenkstätte auf den Prüfstand stellen«. Grafisches Protokoll des ersten Netzwerktreffens 2016.

Es muss anerkannt werden, dass rechte Akteurinnen und Akteure sowie Positionen in letzter Konsequenz immer eine Gefahr für Leib und Leben bedeuten. Deshalb fordern wir von den Leitungen von Gedenkstätten und NS-Dokumentationen, ihrer Fürsorgepflicht für ihre Mitarbeitenden wie Besuchenden nachzukommen, diesen den Rücken zu stärken sowie ihre Sicherheit zu garantieren. Hierfür ist die konkrete Ausformulierung und Umsetzung von Leitbildern und Hausordnungen unerlässlich. Alle an der Institution Tätigen müssen bei bedrohlichen Situationen informiert und in die Entwicklung langfristig wirksamer Handlungsstrategien einbezogen werden. Wir fordern darüber hinaus eine praktische und materielle Solidarität mit Menschen, die sich gegen rechte Akteur*innen und Positionen zur Wehr setzen, beispielsweise durch Übernahme von Anwaltskosten.

Verunsichernde Räume

Wir lehnen die Auslagerung gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen an unsere Institutionen ab.

Erneut werden Forderungen nach Pflichtbesuchen in Gedenkstätten für Schulklassen oder Polizeischüler*innen laut. Die darin zum Ausdruck gebrachte gängige Erwartungshaltung, Gedenkstättenpädagogik könne gesellschaftliche Probleme und Missstände lösen, weisen wir zurück. Strukturelle Diskriminierung, rechte Positionen und die daraus resultierende Gewalt lassen sich nicht durch Gedenkstättenbesuche beheben, sondern nur durch konsequente und hartnäckige Ächtung und Bekämpfung auf institutioneller, gesellschaftlicher, juristischer und individueller Ebene. Wir wehren uns daher gegen Förderlogiken, die »Demokratie lernen« als das vorrangige Ziel von Gedenkstättenpädagogik ansehen.

Wir prangern zudem die politische Funktionalisierung von Gedenkstättenarbeit als Ausdruck einer nationalen Erfolgsgeschichte an. Zum einen, weil sie nahelegt, dass

Antisemitismus und Rassismus im Großen und Ganzen längst überwunden seien. Zum Anderen, weil der hegemoniale Erinnerungsdiskurs viele strukturell Benachteiligte, ihre Geschichten und Geschichtsbilder ausschließt.

Dem entgegen setzen wir den Anspruch, dass Bildungsarbeit an Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren kritische Fragen an die Gesellschaft, an Akteurinnen sowie Akteure und Strukturen stellt und in diese hineinwirkt. Dabei gilt es, Diskriminierung als gesellschaftliche Realität anzuerkennen, in die unsere Institutionen verstrickt sind, und es bedarf eines (selbst)kritischen Blickes, der Ausschlüsse sichtbar macht und bekämpft. Hierzu braucht es eine strukturelle und inhaltliche Öffnung hinsichtlich marginalisierter und ignorierte Perspektiven.

Antifaschistische Räume

Erinnerungskultur war und ist niemals unpolitisch oder neutral. Ausgehend von den Orten, an denen wir arbeiten, steht die kritische Auseinandersetzung mit dem NS und der Verhandlung seiner Bedeutung für die postnazistische Migrationsgesellschaft heute im Zentrum unserer Bildungsarbeit. Dabei kann es nicht darum gehen, den NS zu historisieren. Vielmehr ergeben sich aus seiner Geschichte vielfache Kontinuitäten und er wirkt auch weiter fort. Dies zeigt sich unter anderem

- im Fortbestehen von Ungleichwertigkeitsideologien
- in der organisierten extremen Rechten
- im Fehlen der Menschen, die ermordet wurden.

Der deutsche Faschismus war kein »Extremismus«, sondern das Resultat gesellschaftlich verankerter völkischer und somit rassistischer und antisemitischer Haltungen. In diesem Sinne müssen Gedenkstätten antifaschistische Räume sein, also Orte der Rückversicherung und der Bestärkung für Menschen, die antifaschistisch eingestellt sind. Der konsequente Ausschluss rechter Positionen und Akteurinnen sowie Akteure gehört daher zum Selbstverständnis und zur Außendarstellung der Institutionen.

Läuft doch alles? Reden wir darüber

Den hier dargelegten Schilderungen und Forderungen können wahrscheinlich viele ohne mit der Wimper zu zucken zustimmen. Aber gehen wir noch mal einen Schritt zurück:

Der eingangs beschriebene Tag ist – falls Sie selbst pädagogisch arbeiten, werden Sie es sich beim Lesen vermutlich bereits gedacht haben – ein Tag, an dem alles einigermaßen rund gelaufen ist. Ein Tag, an dessen Ende wir uns denken »Puuh, das hat richtig gut geklappt.«

Natürlich ist das nicht immer so. Nicht immer stehen wir mit allen Menschen, die daran beteiligt sind, die Gedenkstätte zu einem Begegnungsraum zu machen, in engem oder gutem Kontakt. Vieles fordert uns in unserem Alltag heraus: Der Seminarraum ist doppelt belegt, das Material unvollständig. Die Absprache mit den anderen Guides war konfliktreich oder fand erst gar nicht statt. Ist das nur ein Problem unter den Guides und vielleicht noch bei der Buchung? Teilnehmende mussten gegen ihren Willen am Programm teilnehmen und waren dementsprechend unzufrieden. Liegt das nicht eher am System Schule? Teilnehmende aus Sicherheitsbehörden tauchen entgegen vorheriger Absprache in Uniform und mit Dienstwaffen auf. Ist das nur eine Ausnahme? Ein

Neonazi wird als Bewährungsaufgabe in unseren Rundgang geschickt. Ausnahme Nr.2? Ganze Integrationskurse werden unter einem allgemeinen Antisemitismus-Verdacht in Gedenkstätten gebracht. Haben nur die Begleitpersonen dieses Vorurteil?

Das Narrativ der Dauerausstellung reproduziert NS-Verfolgungslogiken. Das wird später sowieso dekonstruiert?

Entwürdigende Bilder aus Regime-Perspektive werden großformatig präsentiert. Haben wir über »Würde vs. Beweis« nicht schon genug diskutiert? Im Ankündigungstext für die nächste Veranstaltung werden rassistische Fremdbezeichnungen benutzt. Reicht es zu sagen: »Das sind Quellenbegriffe!«?

Dies alles ist Alltag, und zwar während wir uns alle einig sind. Darüber müssen wir reden. Arbeiten in Gedenkstätten bedeutet, sich tagtäglich in gewachsenen Strukturen zu bewegen. Die Dauerausstellung ist auf Dauer angelegt. Gesellschaftliche Anforderungen sind nicht bloß eine wahrgenommene Erwartungshaltung, sondern sind ganz konkret in Fördermittelbescheiden festgeschrieben. Zu diesen Strukturen müssen wir uns verhalten und dazu braucht es Austausch und Reflexion.

Leider wird hierfür nur selten Zeit und Raum eingeräumt. Teilweise wird Kritik an der etablierten, geförderten und prestigeträchtigen Gedenkstättenarbeit als vernichtend, »zu hart« und unangemessen abgetan. Läuft doch schließlich eigentlich alles. Kritik zu hören, zu durchdringen und ggf. anzunehmen oder wieder wegzulegen verlangsamt den Betriebsablauf, verzögert Entscheidungen und ist anstrengend.

Oder um es anders zu sagen: In etablierten Strukturen wird die »Störung« der gewohnten Abläufe schnell als Aktivismus abgetan. Kritik wird gedeutet als Unangepasstsein gegenüber professionellen Strukturen oder als mangelnde Loyalität gegenüber der Gedenkstätte selbst. Aber Kritik stellt nicht zwangsläufig alles in Frage. Vielmehr möchten wir Räume schaffen und Impulse setzen, um angemessen und ehrlich über die Gedenkstättenpraxis als Ganzes reden zu können.

Mit dem AK Räume Öffnen haben wir uns einen solchen Raum des Austauschs außerhalb etablierter Institutionen geschaffen. Dabei wollen wir keine kurzfristigen Lösungen anbieten. Das Netzwerk stellt vielmehr einen Ort der Selbstreflexion, aber auch eine Intervention in bestehende erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Diskurse und Praxen dar. Arbeitende Gedenkstätten heißt für uns: An uns selber und an unseren Institutionen zu arbeiten. Die besten Gedanken entstehen im Gehen. Wir sehen uns unterwegs.

1 Das Prozesspapier des Arbeitskreis Räume Öffnen entstand im kontinuierlichen Austausch der Arbeitskreis-Aktiven. Das Prozesspapier dokumentiert und kommentiert für den vorliegenden Beitrag ein Redaktionskollektiv des Arbeitskreises. Dazu gehören:

Cornelia Chmiel, Referentin für historisch-politische Bildung
Jennifer Farber, Gedenkstättenpädagogin und Politische Bildnerin
Jens Hecker, Historiker und Referent für historisch-politische Bildung
Anke Hoffstadt, Historikerin und Politische Bildnerin
Ksenja Holzmann, Gedenkstättenpädagogin und Historikerin
Lisa Schank, Gedenkstättenpädagogin und Historikerin

Kontaktadresse: info@ak-ro.de

Zur Situation der Homosexuellen im Dritten Reich

ANMERKUNGEN ZU ALEXANDER ZINNS FORSCHUNGSÜBERSICHT IM GEDENKSTÄTTENRUNDBRIEF 202, JUNI 2021

Burkhard Jellonnek

Der Historiker Hans-Joachim Schoeps sprach 1963 davon, dass es für die Homosexuellen die Stunde Null nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches nicht gegeben habe. Alexander Zinn hält das für »übertrieben«, denn »KZ-Haft drohte natürlich niemandem mehr«¹. Das ist so richtig, wie es gegenüber den weiterhin von Verfolgung, Gefängnis und Ausgrenzung und Stigmatisierung bedrohten Homosexuellen dieser Zeit wenig empathisch ist und ihr zehntausendfach erlebtes Schicksal ungewürdigt hinterlässt.

Auch die frühe Bundesrepublik und ihre Repräsentanten waren nicht bereit, die Homosexuellen als Opfer eines rassistisch agierenden Staates und seiner gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit anzuerkennen. Dass Strafrechtspolitiker der Weimarer Republik in einer dann durch die aufstrebenden Nationalsozialisten nicht durchgeführten Strafrechtsreform den ohnehin damals völlig anderes aufgestellten § 175 kippen wollten, weil auch die entsprechenden Aufklärungsbemühungen des jüdischen Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld Früchte trugen, wurde nicht in der Nachkriegsdiskussion berücksichtigt. Das Bundesverfassungsgericht stellte 1957 unmissverständlich fest, dass es sich hier dezidiert nicht um NS-Unrecht gehandelt habe, sondern geltender Rechtsauffassung der damaligen Zeit gefolgt wurde.²

Zinn schreibt zurecht, dass bundesdeutsche Gerichte in der Adenauer-Zeit bis 1969 noch etwa 50 000 Männer nach dem Homosexuellenparagrafen verurteilten – ebenso viele wie in der NS-Zeit. Sie kamen nicht in ein Konzentrationslager: auf sie wurden keine Hunde gehetzt, sie kamen nicht in den Steinbrüchen der Lager ums Leben, sie mussten keiner »freiwilligen Entmannung« zustimmen, um ihre Freiheit wiederzuerlangen. Aber auch sie liefen in dieser Phase Gefahr, durch eine Verurteilung nach § 175 ihre gesellschaftliche Reputation, ihre berufliche Stellung zu verlieren. Noch viel zu wenig wissen wir über die Angebote der damals »hilfreichen« Mediziner, die den betroffenen, an ihren sexuellen Wünschen zerbrechenden Männern damals medizinische »Angebote« machten. Belegen lassen sich mit Einwilligung des Patienten durchgeführte Kastrationsmaßnahmen, die auch in den 1960er-Jahren noch durchgeführt wurden.³

Wie die Stimmung unter Betroffenen, in ihren Familien, Freundeskreisen und in ihren Unterstützerkreisen war, die nicht zuletzt auch in der Politik Gehör fanden, das zeigt die von dem Homosexuellen-Vorkämpfer und Schriftsteller Rolf Italiaander herausgegebene Essay-Sammlung »Weder Krankheit noch Verbrechen. Plädoyer für eine Minderheit«⁴ aus dem Jahr 1968. Übertrieben hatte Schoeps damals wahrlich nicht.

Kritisch zu hinterfragen sind auch die Schlussfolgerungen, die Alexander Zinn aus den Ergebnissen seiner grundsätzlich zu teilenden Darstellung des Forschungsstandes zieht. Zu denken ist an seine hier auf die Ergebnisse der Studie über die KZ-Einweisungen der Kripo Köln von Jürgen Müller rekurrierende These, die er im Übrigen durch eigene Studien zu Leipzig zu untermauern glaubt, wonach »der »gewöhnliche«

Homosexuelle in der Regel nicht mit der Einweisung in ein Konzentrationslager bedroht war. Vielmehr seien es bestimmte Homosexuellentypen« gewesen (»Jugendverführer«, Prostituierte, Pädophile).⁵ Bei seinem eigenen Datenbestand aus Leipzig, bei dem es am Ende nach Zinns Berechnungen unter 81 KZ-Häftlingen nur einen Homosexuellen gab, bei dem »einigermaßen zweifelsfrei nachweisbar« war, dass es »alleine die einvernehmliche Homosexualität war, die zur KZ-Einweisung führte.«⁶ Zinns Verschiebeparkplatz, um die eigene These zu unterstützen, vermag nicht zu überzeugen. Sicherlich sind in seiner Studie gut die Hälfte der in die Konzentrationslager eingewiesenen homosexuellen Männer Pädophile und »Jugendverführer, die Sex mit Kindern und Jugendlichen hatten, aber warum man hier diejenigen Homosexuellen herausrechnet, die beispielsweise als »Juden«, »Berufsverbrecher« etc. mit einem zweiten Winkel in das Lager kamen, bleibt fraglich. Zumal Zinn selbst schreibt, dass die Homosexuellen im Lager weit mehr als andere Opfergruppen um ihr Leben zu fürchten hatten.

Im Übrigen war Himmlers Erlass vom 12. Juli 1940 auch in seiner Eindeutigkeit nicht auf bestimmte Zielgruppen beschränkt: Der Reichsführer-SS befahl, »in Zukunft alle Homosexuellen, die mehr als einen Partner verführt haben, nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis in polizeiliche Vorbeugehaft zu nehmen.«⁷ Darüber hinaus sieht man im Zuge der zunehmenden Kriegsgebundenheit eine fortschreitende Entschiedenheit auch gegenüber den Homosexuellen als Gesamtgruppe. Als der gutachterlich tätige Psychotherapeut Dr. Martin Brustmann einem Todesurteil im Juni 1943 widersprach, wurde er auf Veranlassung des Reichsführers-SS seiner Aufgaben entbunden: Während es »um Sein oder Nichtsein unseres Volkes« gehe, sei es unvertretbar, »derartige weiche Touren zu verfolgen und einen Menschenaufwand um eine Anzahl entgleister Strolche zu betreiben, dessen Arbeit in keinem Verhältnis zum Erfolg«⁸ stehe.

Zeitgleich ging auch der Aufstieg des Mediziners Dr. Carl-Heinz Rodenberg im entsprechenden Zuständigkeitsbereich des Reichssicherheitshauptamtes voran. Am 6. November 1944 wurde der mit zahlreichen Forschungsbeiträgen hervorgetretene SS-Obersturmbannführer und Oberregierungsrat mit der weiteren »Klärung des Entmannungsproblems ... im Hinblick auf den Personenkreis (Triebverbrecher wie Homosexuelle, sonstige Sittlichkeitsverbrecher ...) und um die Schaffung der erforderlichen Maßnahmen gesetzgeberischer und verwaltungsrechtlicher Art (Entmannung Homosexueller)« beauftragt.⁹ Im geplanten, aber durch das Kriegsende nicht mehr vollzogenen Gemeinschaftsfremdengesetz wären diese Überlegungen bitterer Ernst geworden.¹⁰

Aber auch der Blick auf einzelne Fallgeschichten von homosexuellen Opfern,¹¹ die in die Konzentrationslager verbracht wurden, lässt deutlich werden, dass es sich hier auch um homosexuelle Männer handelte, die einvernehmlichen Sex mit erwachsenen Partnern hatten und die in den 1940er-Jahren nach Buchenwald, Dachau und in andere Konzentrationslager verbracht wurden. Selbst wenn am Ende der Strafverfolgungskette nicht dieser letzte Schritt stand, konnten homosexuelle Männer aber weiterhin in die Gefängnisse kommen, wenn es sich um die Erstverurteilung handelte. Dass am Ende des Dritten Reiches deren Polizeien wohl nur zehn Prozent der Betroffenen habhaft wurde, darf nicht zu der These verleiten, das System habe sich letztendlich nur für Pädophile und »Jugendverführer« interessiert. Das Gegenteil war der Fall: Ideologisch stand für die NS-Machthaber ihre Verfolgungsaufgabe in Bezug auf diese Gruppe von erklärten »Staatsfeinden« außer Frage. Das Hauptproblem bestand sicherlich in der

Heraus- wie Überforderung durch die aufwendige Ermittlungsarbeit, die keinen Zugriff auf bestehende Melderegister zur Verfügung hatte, sondern im Einzelfall umfangreiche Recherchen verlangte. Hinzu kamen die Einschränkungen durch das Kriegsgeschehen und die Personalkapazitäten der Polizeien.

Trotz alledem gab es ein erhebliches Risiko für die betroffenen Homosexuellen, den Sicherheitsorganen wie ihren Zuträgern wie Blockwarten oder Parteigängern aufzufallen und ins Netz zu gehen. Denn auch daran besteht kein Zweifel: auch für diese Minderheit gab es in aller Regel keine Unterstützung aus einer auch im Dritten Reich mehrheitlich homophoben Bevölkerung. Und aus der Tatsache, dass es einzelne Richter gab, die mildere Urteile gegenüber Homosexuellen fällten, sollte man keine weitreichenderen Schlüsse zur Einstellung der Justiz dieser Aufgabenstellung gegenüber ableiten.

Dr. Burkhard Jellonnek wurde 1989 mit der Dissertation »Homosexuelle unter dem Hakenkreuz« mit der damals ersten wissenschaftlichen Studie zum Thema an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster promoviert. Der Historiker beschäftigte sich als Leiter der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes zwei Jahrzehnte mit Themen der Erinnerungsarbeit wie der Gedenkstätte Gestapo-Lager Neue Bremm in Saarbrücken und veröffentlichte auch zahlreiche Aufsätze zum Thema Homosexuellenverfolgung im Dritten Reich.

- 1 Zinn, Alexander: Homosexuelle als Staatsfeinde, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 202, S. 3–12, hier: S. 3. Vgl. Dissertation Zinn, Alexander: »Aus dem Volkskörper entfernt«. Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 2018, dazu kritisch: Jellonnek, Burkhard: Gegen das Weichzeichnen des NS-Terrors. Ein Kommentar zu Alexander Zinns Buch »Aus dem Volkskörper entfernt? Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus, in: Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten, 21. 2019, S. 162–178.
- 2 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Mai 1957, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 6, 1957, S. 389 ff
- 3 Nachzulesen in den Forschungsberichten des Marburger Mediziners Professor Langelüddeke. S.: Langelüddeke, Albrecht: Die Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern. Berlin 1963
- 4 Italiaander, Rolf (Hg.): Weder Krankheit noch Verbrechen. Plädoyer für eine Minderheit. Hamburg 1969
- 5 Müller, Jürgen: Praxis polizeilicher Vorbeugungshaft, in: Mußmann, Olaf (Bearbeiter): Wissenschaftliche Tagung Homosexuelle in Konzentrationslagern. Vorträge. Bad Münstereifel 2000, S. 39–43, hier S. 43, zitiert nach Zinn, Anm. 1.
- 6 Zinn, Anm. 1, hier s. Anm. 26.
- 7 Bundesarchiv Koblenz (BAK) R 58/RD 19/29 – 15 – f.198, zitiert nach Jellonnek, Burkhard: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Paderborn 1990, S. 153
- 8 Berlin Document Center (BDC), Personalakte Dr. med, Martin Brustmann, hier zitiert nach Jellonnek, Anm. 6, S. 174 f.
- 9 BAK R58/240; BDC Dr. Carl-Heinz Rodenberg, zitiert nach Jellonnek, Anm. 5, S. 127–129, S. 159–162
- 10 Jellonnek, Anm. 6, S. 161–171.
- 11 Zuletzt etwa: Sparing, Frank und Matthis Krischel: Kastration von homosexuellen Männern im Nationalsozialismus. In: Ministerium der Justiz des Landes NRW (Hg.): Justiz und Homosexualität. O. O. 2020, S. 52–73; Munier, Julia Noah: Lebenswelten und Verfolgungsschicksale homosexueller Männer in Baden und Württemberg im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2021, S. 269–283.

Gedenken an Herbert Obenaus

Rolf Wernstedt

Prof. Dr. Herbert Obenaus ist am 29. Oktober 2021 in Alter von 90 Jahren gestorben. Er hat für die Gedenkstättenarbeit, vor allem im Land Niedersachsen, in vielerlei Hinsicht Pionierarbeit geleistet. Als jemand, der im politischen und gesellschaftlichen Rahmen jahrzehntelang mit ihm in Kontakt war, möchte ich einige besonders markante Tätigkeitsfelder von ihm herausgreifen:

Herbert Obenaus ist für die wissenschaftlich begründete Gedenk- und Erinnerungskultur im Raum Hannover die zentrale Figur gewesen. Bereits Mitte der 1970er-Jahre begann er mit Forschungen zur NS-Geschichte und legte Arbeiten vor, die zu einem der größten erinnerungspolitischen regionalen Unternehmen gehörten. Zu erwähnen sind hier die Ausstellungen der Stadt Hannover zur Reichspogromnacht 1938 und die Veranstaltungen zum 30. Januar 1933. Herbert Obenaus initiierte unter Hinzuziehung vieler Kolleginnen und Studierenden die systematische Erforschung der Geschichte der Konzentrationslager, die als Außenstellen des KZ Neuengamme im hannoverschen Raum den vielen kriegswichtigen Unternehmen dienten. Seine gute Vernetzung in der Wissenschaftslandschaft machte es möglich, dass als Ergebnis des langjährigen Forschungsprojekts im Jahre 1985 zwei umfangreiche Bände erscheinen konnten: »Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges.«¹ Diese von mehreren Autoren unter seiner Leitung vorgelegten detaillierten, quellengestützten Arbeiten bilden auch heute noch den Grundstock der gesamten erinnerungskulturellen Arbeit in der Region Hannover. Es war nicht nur ein wissenschaftliches, sondern auch akademisch integrierendes Projekt. Herbert Obenaus bezog Studierende in die wissenschaftliche Mitarbeit ein, die gegenüber der herkömmlichen Darstellung der NS-Geschichte sehr kritisch waren. Manche Fragestellung ist dabei von den Studierenden ausgegangen, und Herbert Obenaus war der erste Professor, der dies aufgenommen hat. Alle Mitarbeitenden loben bis heute seine tiefen Kenntnisse und den auf Augenhöhe operierenden Arbeitsstil. Er konnte zuhören, Mut machen, Anregungen geben und hatte einen langen Atem. Er war ein inspirierender Lehrer, wie viele sagen.

Herbert Obenaus hat neben den unmittelbar forschungsmäßig orientierten Arbeiten immer darauf geachtet, dass deren Ergebnisse nicht in Bibliotheken verschwanden, sondern dazu dienten, in Niedersachsen ein Netz von Gedenkorten aufzubauen. Er hielt das nicht nur für notwendig, um der zahllosen Opfer würdig gedenken zu können, sondern auch, um ein seriöses Fundament für Stätten des Lernens zu schaffen. Er wusste, dass es nicht reicht, nur an Gedenktagen rituell der Vergangenheit zu gedenken, sondern dass jede Generation ihren eigenen Zugang zu den Katastrophenjahren der deutschen Geschichte erarbeiten muss.

Als 1985 geplant wurde, das Friedhofs- und Lagergelände in Bergen-Belsen neu zu gestalten, war Herbert Obenaus zur Stelle, um für den bis dahin vernachlässigten Ort entscheidende Verbesserungen zu erreichen; unter anderem ging es darum, die nicht mehr den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechende Ausstellung zu aktualisieren und einen pädagogischen Besucherdienst einzurichten. Ich habe daraufhin gemeinsam mit ihm eine Landtagsentschließung formuliert, die zu einem einstimmigen Beschluss

Herbert Obenaus
beim Kolloquium
anlässlich seines
80. Geburtstags im
Historischen Museum
Hannover, Juni 2011.
Foto: Ludwig Eiber



des Landtages am 18. April 1985 führte.² Dies war der Grundstein für die Erweiterung des Geländes und der Baulichkeiten in Bergen-Belsen. Die neugestaltete Gedenkstätte wurde 1990 eröffnet und dient bis heute, nachdem 2007 ein noch größeres Dokumentationszentrum eingeweiht werden konnte, als Studien-, Arbeits- und Ausstellungsort.

1988 wurde Herbert Obenaus in den neu eingerichteten Wissenschaftlichen Beirat der Gedenkstätte Bergen-Belsen berufen; von 1991 bis 2004 war er Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für die Förderung der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen; 2001 bis 2007 war er Mitglied der internationalen Expertenkommission für die Neugestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Die gesamte Gedenkstättenstruktur in Niedersachsen ist ohne seine prägende Tätigkeit nicht denkbar.

Herbert Obenaus hat sich als Historiker genau und sensibel mit zeithistorischen Themen befasst. Er richtete sein Augenmerk schon früh auf die Geschichte der verfolgten Juden in Hannover und Niedersachsen. Er hat viele Arbeiten selbst formuliert, aber auch Themen für Magister- und Staatsexamensarbeiten sowie Dissertationen vorgegeben.

Schließlich hat Herbert Obenaus eine aus Israel kommende Initiative aufgegriffen, die jüdische Existenz in ganz Niedersachsen historisch aufzuarbeiten. Aus diesen Forschungen ist schließlich 2005 ein außergewöhnliches Werk hervorgegangen: das Historische Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen³. Ohne die von ihm angeworbenen Forschungsgelder hätte die Vielzahl der Mitarbeitenden nicht so fruchtbar operieren können. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die israelischen Institutionen in diesem Projekt ihre ursprüngliche Idee der reinen historischen Informationen auf Vorschlag von Herbert Obenaus um wissenschaftliche Artikel zur Kontextualisierung einzelner Themen erweitert haben. Dieses mehr als 1600 Seiten starke Handbuch wird auf Jahrzehnte die historische Grundlage für die Arbeit im Zusammenhang jüdischer Fragestellungen in Niedersachsen und Bremen bleiben.

Mir scheint, dass es bei Herbert Obenaus einen durchgängigen Zug seiner Perspektiven auf das Erfordernis historischer Aufarbeitung der NS-Zeit gab, nämlich der Blick auf die vielen Formen widerständiger Existenz und Verhaltens. Ihm war es immer wichtig, nicht nur bei der notwendigen Aufmerksamkeit für die Opfer stehen zu bleiben, sondern zu fragen, welche Formen des Widerstandes bestanden haben und wie sie zu beurteilen sind. Dabei sind viele Erkenntnisse über die »Sozialistische Front« in Hannover von

1933 bis 1936, die größte sozialdemokratische Widerstandsgruppe in ganz Deutschland, oder über spezifische Formen des Widerstandes in der Rüstungsindustrie mit Hilfe der Oral History entstanden, die in keinem Archiv zu finden waren, sondern nur erfragt werden konnten. Eine ganze Generation von Historikerinnen hat das mit ihm geleistet.

Ich möchte noch ein Beispiel erwähnen: Herbert Obenaus hat gemeinsam mit seiner Frau, der 2020 verstorbenen Sibylle Obenaus, 1995 ein Buch herausgegeben und kommentiert, das die Aufzeichnungen eines Gießereiarbeiters und technischen Zeichners enthält, der als »einfacher Mann« im Raum Hämelerwald, Hannover, Celle und Peine präzise seine Alltagsbeobachtungen in der Zeit des Nationalsozialismus aufgezeichnet hatte. Diese gehören zu den genauesten Beschreibungen dessen, was an Opportunismus, taktischem Verhalten und Mühsal für viele Zeitgenossen damals kennzeichnend war, welches Wissen über die NS-Verbrechen vorhanden war und wie darüber diskutiert wurde. Es ist ein Lehrbuch, das vor billigen Urteilen über Verhalten von Menschen in diktatorischen Regimen schützt, aber auch von der komplizierten Situation erzählt, in der zwischen aktivem Widerstand, passiver Resistenz und privater Unbekümmertheit unterschieden werden muss.⁴

Herbert Obenaus war ein leiser, genauer und verdienstvoller Mensch. Er hat 2007 für seine erinnerungspolitische konstante und ergebnisvolle Arbeit zu Recht das Verdienstkreuz am Bande des Niedersächsischen Verdienstordens erhalten. Der damalige Kultusminister Bernd Busemann bemerkte in seiner Laudatio unter anderem: »Wenn Niedersachsen sich heute durch Vielfalt und Qualität der regionalen Gedenkstättenarbeit auszeichnet, dann ist das ganz wesentlich Herbert Obenaus zu verdanken.«

Auch wenn er sich erkennbar von uns allen in den letzten Jahren seines Lebens langsam verabschiedete, so ist der Tod dennoch die endgültige Zäsur. Ihn als zuverlässigen Freund und Kollegen, Verwandten und Lehrer in nachdenklicher Erinnerung zu bewahren, ist vielen ein tiefes Bedürfnis.

Professor Rolf Wernstedt, geboren 1940, hat sich nach seiner Ausbildung als Lehrer und mehreren Tätigkeiten an Hochschulen seit Ende der 1960er-Jahre als SPD-Mitglied vor allem bildungspolitisch engagiert. Er war von 1990 bis 1998 Kultusminister und von 1998 bis 2003 Landtagspräsident in Niedersachsen. In seiner Funktion als stellvertretender SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender hat er 1987/88 einen einstimmigen Landtagsbeschluss initiiert, der die Förderung von Dokumentations- und Gedenkstätten in freier Trägerschaft und anderen Einrichtungen und Initiativen der Erinnerungskultur beinhaltete und bis heute die Grundlage der Gedenkstättenarbeit im Land Niedersachsen darstellt.

- 1 Rainer Fröbe, Claus Füllberg-Stolberg, Christoph Gutmann, Rolf Keller, Herbert Obenaus, Hans Hermann Schröder: Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges, 2 Bände Hildesheim 1985.
- 2 Niedersächsischer Landtag, Drucksache 10/4325 betr. »Angemessene Neugestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen und Erweiterung des Dokumentenhauses«.
- 3 Herausgegeben von Herbert Obenaus in Zusammenarbeit mit David Bankier und Daniel Fraenkel unter Mitwirkung von Andrea Baumert, Marlis Buchholz, Uwe Hager, Jürgen Rund, Christiane Schröder, Tamar Avraham, Almuth Lessing und Antje C. Naujoks: Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen, 2 Bände, Göttingen 2005.
- 4 Herbert und Sibylle Obenaus: »Schreiben, wie es wirklich war ...«. Die Aufzeichnungen Karl Dürkefeldens aus der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg.: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover 1995.

Veranstungshinweise

Ausstellungen der Stiftung Topographie des Terrors

Berlin, 27. November 2021 bis 18. April 2022

Wechselausstellung: »Der kalte Blick. Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto von Tarnów« (Wiederaufnahme)

Stiftung Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin

Telefon (030) 2545095-0 | Fax (030) 25450-999

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, Mai bis September 2022

Wechselausstellung: »Albert Speer in der Bundesrepublik. Vom Umgang mit deutscher Vergangenheit« (Eine Ausstellung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände Nürnberg)

Stiftung Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin

Telefon (030) 2545095-0 | Fax (030) 25450-999

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin-Schönevide

Freiluftausstellung: »Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945«

Ort: Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Zaun Britzer Straße, Britzer Straße 5, 12439 Berlin | Telefon (030) 6390288-0

www.ns-zwangsarbeit.de | schoeneweide@topographie.de

Veranstungen der Stiftung Topographie des Terrors

Buchpräsentationen

15. März 2022 | 19 Uhr

»Euthanasie« und Holocaust. Kontinuitäten, Kausalitäten, Parallelitäten«
mit Dr. Jörg Osterloh und Dr. Jan Erik Schulte

31. März 2022 | 19 Uhr

»Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Geschichte der Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF«
mit Prof. Dr. Friedrich Kießling und Prof. Dr. Christoph Safferling

17. Mai 2022 | 19 Uhr

»Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918–1945« mit Prof. Dr. Michael Wildt

14. Juni 2022 | 19 Uhr

Vortrag: »Albert Speer. Eine deutsche Karriere«
Referent: Prof. Dr. Magnus Brechtken

Derzeit ist für Veranstaltungen der Stiftung Topographie des Terrors die Teilnahme vor Ort nach der 2G-Plus-Regel oder per Livestream möglich. Bis auf Weiteres ist für die Teilnahme vor Ort eine Anmeldung unter veranstaltungen@topographie.de erforderlich. Mit der Teilnahmebestätigung wird über die aktuell gültigen Bestimmungen informiert.

Digitale erinnerungskulturelle Angebote im Internet

Bitte nutzen Sie auch unsere digitalen Angebote auf der Homepage. Hier können Sie ausgewählten Vorträgen und Podiumsgesprächen des vielseitigen Veranstaltungsprogramms der Stiftung nachhören oder streamen:
www.topographie.de/livestream oder www.topographie.de/nc/veranstaltungen/archiv
oder www.topographie.de/digitale-angebot

»Filmbeiträge zum historischen Ort ›Topographie des Terrors«

Die Kurzfilme geben erste Einblicke in den historischen Ort und seine heutigen Spuren sowie die gewaltsame Errichtung des Terrorapparates 1933. Sie beschreiben Rolle und Aufgaben einzelner Institutionen und erläutern ihre Beteiligung an den europaweit begangenen NS-Verbrechen.
www.topographie.de/fuehrungen/filmbeitraege

Virtueller Rundgang durch die Sonderausstellung »Das Reichsarbeitsministerium 1933–1945« | www.topographie.de/360

360° Rundgang durch Ausstellung »Ausgeschlossen. Archäologie der NS-Zwangs-lager« des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit
www.ns-zwangsarbeit.de/ausgeschlossen

Digitale Ausstellung: »Der Mensch als Ware. Zwangsarbeit bei Siemens in Berlin« – Ein studentisches Ausstellungsprojekt vom Touro College und dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit | <https://siemens.ns-zwangsarbeit.de>

Ausstellungen

Augsburg, 29. Oktober 2021 – 4. September 2022

Wechselausstellung: »Judenbilder«

Ort: Standort Innenstadt, Halderstraße 6–8, 86150 Augsburg

Telefon (0821) 513658 | www.jmaugsburg.de | empfang@jmaugsburg.de

Berlin, 3. November 2021 – 20. März 2022

Sonderausstellung: »Unser Leben. Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische Displaced Persons nach 1945«

Ort: Tempelhof Museum, Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin

Telefon (030) 902776163

<https://we-refugees-archive.org/exhibitions/unser-leben>
werefugees@minor-kontor.de

Frankfurt, 9. Dezember – 23. April 2023

Ausstellungsprojekt: »Frankfurt und der NS«

Ort: Historisches Museum Frankfurt, Saalhof 1, 60311 Frankfurt am Main
Telefon (069) 21235599

<https://historisches-museum-frankfurt.de> | info@historisches-museum-frankfurt.de

Augsburg, 1. Dezember 2021 – 5. Juni 2022

Wechselausstellung: »Ende der Zeitzeugenschaft?«

Ort: Ehemalige Synagoge Kriegshaber, Ulmer Straße 228, 86156 Augsburg
Telefon (0821) 513611

<https://jmaugsburg.de> | empfang@jmaugsburg.de

Seminare, Tagungen, Einzelveranstaltungen

Hohenems, 17. März 2022 | 19.30 Uhr

Vortrag: »Arme Juden. Ein verdrängtes Kapitel der jüdischen Geschichte?«

Referent: Dr. Philipp Lenhard

Ort: Jüdisches Museum Hohenems, Schweizer Str. 5, 6845 Hohenems, Österreich
Telefon 0043 (0)5576 739890

www.jm-hohenems.at | office@jm-hohenems.at

Weitere digitale Angebote

»Jüdisches Leben und Polizei – Vergangenheit trifft Gegenwart!«

Eine von der Polizei Berlin erarbeitete (Wander-)Ausstellung führt durch ihre verschiedenen Dienststellen. Sie thematisiert unterschiedliche Aspekte der Geschichte und Gegenwart der Polizei Berlin mit Blick auf das jüdische Leben in Berlin. Ziel ist die Sichtbarmachung, wie sehr jüdisches Leben innerhalb der Polizei verankert war und ist. Einzelbiografien zeigen, dass Jüdinnen und Juden vor 1933 als Polizistinnen und Polizisten tätig waren – und sich auch heute wieder für den Polizeiberuf entscheiden. Das Thema Haltung steht im Mittelpunkt des gesamten Projektes.

<https://juedisches-leben-und-polizei.berlin.de/ausstellung>

»Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit – Südniedersachsen 1939–1945«

In der Rubrik »Virtuelle Ausstellung« finden Sie online die gesamten Texte und Bilder der Ausstellung. Nicht online verfügbar sind die Interviews mit den Zeitzeugen, diese können Sie aus Personenschutzgründen nur in der Ausstellung vor Ort in Göttingen erleben.

<https://zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu/de/virtuelle-ausstellung>

»Aufgespürt«

Der Blog der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. untersucht ab Januar 2022 jeden Monat einen aktuellen Aspekt zum Thema Zwangsarbeit, erscheint monatlich und kann per E-Mail abonniert werden. Die ersten Beiträge sind bereits online.

<https://zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu/de/blog-aufgespuert>

Das Projekt »Gräberfeld X«

Welche Rolle hatte die Tübinger Anatomie im NS-System? Wer waren die Menschen, die zwischen 1933 und 1945 nach ihrem Tod in das Institut der Universität für Forschung und Lehre verbracht wurden? Wie lässt sich das Gräberfeld X, auf dem sie auf dem Stadtfriedhof anonym bestattet wurden, in der städtischen Erinnerungsarbeit angemessen und produktiv verankern? Diese Fragen begleiten das gemeinsame Forschungsprojekt von Stadt und Universität Tübingen seit dessen Beginn am 1. Januar 2020. <https://graeberfeldx.de>

»Die Geschichte der Familie Chotzen«

Die Berliner Familie Chotzen ist eine Familie wie viele andere – bis sie das unter den Nazis nicht mehr sein darf. Wie die Chotzens mit der Ausgrenzung und Demütigung umgehen und was ihnen in den Jahren des Holocaust widerfährt, erzählt die Website der Bundeszentrale für politische Bildung. In zahlreichen Fotos und Briefen, in Filmen, in kurzen Texten und sogenannten Zeitreisen werden die Lebenswege einer jüdischen Familie von 1914 bis heute sichtbar.

www.chotzen.de

»#LastSeen. Bilder der NS-Deportationen«

Im Zentrum der Initiative stehen Bilder der Deportationen aus dem Deutschen Reich zwischen 1938 und 1945. Das nationalsozialistische Unrecht spielte sich oft direkt vor den Augen der Bevölkerung ab. Dabei entstanden Bilder, die hohen dokumentarischen Wert haben. Sie können eine wichtige Rolle für Forschung und Bildung spielen, viele sind derzeit aber noch nicht entschlüsselt und nicht zugänglich.

<https://lastseen.arolsen-archives.org>

»Verbrannte Orte – Bücherverbrennungen 1933«

Wie sehen Orte 80 Jahre nach den Bücherverbrennungen aus? Was passiert dort heute und betrachten wir diese Orte anders, wenn wir wissen was dort passiert ist? Das Projekt soll Unsichtbares sichtbar machen und damit eine für alle zugängliche Informationsplattform zu den Orten der Bücherverbrennungen schaffen. Es soll Sorge tragen, dass diese Orte nicht weiter in Vergessenheit geraten.

<https://bildung.verbrannte-orte.de>

»100 Jahre politischer Mord in Deutschland«

Eine Sendereihe über mörderische Demokratiefeindschaft und ihre Hintergründe. Seit dem Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke und den Attentaten auf Kommunalpolitiker wächst die Sorge vor »Weimarer Verhältnissen«. Vor 100 Jahren wurden Politiker von Rechtsradikalen gezielt ermordet, um die Demokratie zu destabilisieren. www.deutschlandfunkkultur.de/zeitfragen

»Zeitzeugen des Nationalsozialismus«

Mit neuen digitalen Angeboten will der WDR individuelle Zeitzeugen-Berichte langfristig bewahren. Mit einer Augmented-Reality-App und 360°-Videos werden die Erzählungen neu erfahrbar. Eine große Chance des Angebots liegt in der Unmittelbarkeit, mit der die Schülerinnen und Schüler die Erzählungen der Zeitzeuginnen und

Zeitzeugen erleben. Die Erzählungen können berühren und lassen Empathie mit den Erzählenden zu.

www.planet-schule.de/wissenspool/zeitzeugen-des-nationalsozialismus

»Unsere wahre Identität sollte vernichtet werden.« Die nach dem 20. Juli 1944 nach Bad Sachsa verschleppten Kinder

Ein Ausstellungsrundgang durch die Sonderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der Stiftung 20. Juli 1944 in Kooperation mit der Stadt Bad Sachsa.

www.gdw-berlin.de/sonderausstellung

»Jugend 1945 – Jugend im Umbruch?«

Bei dem Projekt handelt es sich um eine digitale und inhaltlich differenziert erschlossene digitale Edition von Lebensläufen, Deutschaufsätzen und Lehrerbeurteilungen von Kölner Abiturientinnen und Abiturienten aus den Jahren 1931 bis 1952.

<https://jugend1918-1945.de/jugend-im-umbruch>

»Eine Stunde – History«

In diesem »History Spezial zur Geschichte Europas«, wird der Zusammenhang zwischen Heute und Gestern deutlich. In der Podcast-Reihe des Deutschlandfunk-Nova wird die Gründung der NSDAP im Februar 1920 im Münchner Bürgerbräukeller geschildert und die soziale Lage am Beginn der Weimarer Republik erläutert.

www.deutschlandfunknova.de/beitrag/weimarer-republik-gruendung-der-nsdap

Redaktionsschluss für Veranstaltungshinweise im GedenkstättenRundbrief Nr. 206/Juni 2022 ist der 20. Mai 2022. Hinweise werden berücksichtigt, sofern aus Platzgründen möglich. Eine wesentlich umfangreichere, kontinuierlich aktualisierte Übersicht über Veranstaltungen im Bereich der Gedenkstätten in Deutschland findet sich im Internet auf der Seite des GedenkstättenForums: www.gedenkstaettenforum.de

Diversität – Partizipation – Inklusion

SELBSTVERSTÄNDNIS UND PRAXIS IN GEDENKSTÄTTEN UND
DOKUMENTATIONSZENTREN

66. Bundesweites Gedenkstättenseminar

29. Juni bis 2. Juli 2022 im Gustav-Stresemann-Institut (Gsi), Bonn

Für die **Anmeldung** ist ein einheitliches Formular zu nutzen. Das Anmeldeformular findet sich auf gedenkstaettenforum.de (Startseite rechts oben). Es ist dort herunterzuladen und ausgefüllt per E-Mail an das Gedenkstättenreferat zu senden.

Veranstalter: Vogelsang IP im Nationalpark Eifel, Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Stiftung Topographie des Terrors

Mittwoch, 29. Juni 2022

- ab 14 Uhr Anreise und Anmeldung
ab 18.30 Uhr *Abendessen im GSI*
20–22 Uhr Stadtrundgang als fakultatives Angebot
(Gedenkstätte und NS-Dokumentationszentrum Bonn)

Donnerstag, 30. Juni 2022

- ab 6.45 Uhr *Frühstück*
08.30 Uhr Abfahrt nach Vogelsang IP
10–10.30 Uhr *Begrüßung und Einführung zum Programm*
Thomas Kreyes (Vogelsang IP gemeinnützige GmbH)
Thomas Krüger (Bundeszentrale für politische Bildung)
Dr. Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors)
10.30–13 Uhr Vogelsang kennenlernen – verschiedene Angebote in Dauerausstellung und Gelände
– Führung über das Gelände von Vogelsang IP
 (wahlweise barrierefrei)
– Führung in der Dauerausstellung der NS-Dokumentation Vogelsang (barrierefrei)
– Dialogischer Geländerundgang
13–14.30 Uhr *Mittagessen*
14.30–15.30 Uhr *Einführungsvortrag:* Diversität – Partizipation – Inklusion:
Was heißt das? Tina Hölzel und David Jugel (Zentrum für inklusive politische Bildung, Technische Universität Dresden)
15.30–16 Uhr *Kaffeepause*
16–17 Uhr *Einführungsvortrag:* Worauf kommt es an? Was braucht es für eine inklusive Gesellschaft?
Raul Krauthausen (Aktivist für Inklusion und Barrierefreiheit)
17–18.30 Uhr *Fishbowl-Podiumsdiskussion:* Diversität, Partizipation und Inklusion in der Praxis
Moderation: Dr. Merjam Wakili (Moderatorin und Beraterin)
Teilnehmende: Tina Hölzel, David Jugel, Raul Krauthausen
18.30–21 Uhr *Abendessen und individueller Erfahrungsaustausch*
Besuch der Dauerausstellung der NS-Dokumentation Vogelsang oder des Geländes
21 Uhr Rückfahrt zum GSI

Freitag, 1. Juli 2022

ab 6.45 Uhr

Frühstück

9–11 Uhr

Markt der Möglichkeiten: Inklusive und partizipative Formate und Institutionen stellen sich vor

11–12.30 Uhr

AG-PHASE I

AG 1: Inklusion und Partizipation in Ausstellungen

Moderation: Andreas Mix (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)

Referierende: David Zollidan (Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz),
Friedrun Portele-Anyangbe (Freiberuflerin, ehemals Stiftung Deutsches
Historisches Museum Berlin),

Dr. Juliane Haubold-Stolle (Stiftung Berliner Mauer – East Side Gallery),

Jenny Baumann (Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung)

AG 2: Digitale Inklusion oder inklusive Digitalisierung?

Neue Wege für die Geschichtsvermittlung

Moderation: Steffen Jost (Alfred Landecker Foundation),

Karoline Wirth (Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, Stiftung Gedenk-
stätten Buchenwald und Mittelbau-Dora)

Referierende: Alexandra Verdeil (Tactile Studio),

Clara Mansfeld und N.N. (Gedenkstätte Opfer der Euthanasie-Morde – Stiftung
Brandenburgische Gedenkstätten) (angefragt)

AG 3: Partizipation in der Gedenkstättenpädagogik

Moderation: Dr. Stephanie Bohra (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)

Referierende: Katharina Ruhland (Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Dortmund),
Julius Scharnetzky (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg),

Anja Schuller-Müller (Lernort Kislau – Projekt Mobiles Geschichtslabor)

AG 4: Inklusion in der Gedenkstättenpädagogik

Moderation: Christian Marx (Gedenkstätte Opfer der Euthanasie-Morde – Stiftung
Brandenburgische Gedenkstätten)

Referierende: Lisa Quaeschning und N.N. (Gedenkstätte Opfer der Euthanasie-
Morde – Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten),

Kathrin Bauer und Thomas Stöckle (Gedenkstätte Grafeneck),

Sebastian Schlingheider (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin),

Melanie Wahl (Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein)

AG 5: Gedenkstättenarbeit engagée?! Nazistische Aus- und Einschließungs- praxen befragen – im Heute handeln

Moderation: Eva Krane (Erinnerungsort Alter Schlachthof, Hochschule Düsseldorf)

Referierende: Sandra Franz (NS-Dokumentationsstelle Krefeld in der Villa
Merländer), Andrea Nepomuck (DOMiD e.V.),

Sabine Reimann (Erinnerungsort Alter Schlachthof, Hochschule Düsseldorf)

AG 6: Wem gehört die Gedenkstätte? Erinnerungskultur in der Gesellschaft der Vielen

Moderation: Jennifer Farber (AK Räume Öffnen),

Jens Hecker (LWL Institut für westfälische Regionalgeschichte, Gedenkstätte, Stalag
326 (VI K) Senne)

Referent: Martin Kolek (Initiative Erinnerungskultur Delbrück)

12.30–14 Uhr

Mittagessen

- 14–16 Uhr **AG-PHASE II – Fortsetzung der AGs**
- 16–16.30 Uhr *Kaffeepause*
- 16.30–19 Uhr **Werkstatt-Phase:**
- Werkstatt 1: »Dialog im Rundgang – Rundgang im Dialog«.**
Reflexionen zur eigenen Vermittlungspraxis
 Katharina Ruhland (Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Dortmund),
 Julius Scharnetzky (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg)
- Werkstatt 2: Geschichte zum Anfassen –**
Ein inklusives Vermittlungsformat mit Objekten
 Dr. Matthias Rittner (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg),
 Sonja Sczech (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg)
- Werkstatt 3: Perspektiv – wer? Zugang – wie?**
Reflexionsraum zu Multiperspektivität und Diskriminierungskritik in der
praktischen Vermittlungsarbeit
 Jennifer Farber (AK Räume Öffnen), Ksenja Holzmann (Denkort Bunker Valentin)
- Werkstatt 4: Ein offenes Museum für alle! Cartooning for Future**
 Dr. Jürgen Kaumkötter (Zentrum für verfolgte Künste, Solingen), Johanna Jurgschat
 (Zentrum für verfolgte Künste, Solingen), Marcus Gottfried (Karikaturist)
- Werkstatt 5: »Hier gibt es ganz schön viel zu lesen ...« –**
Verstehen helfen durch barrierearme Sprache
 Martin Conze (Büro für Einfache Sprache, Deutsch-Finnischer Verein für inklusive
 Kulturarbeit e.V.), Isabel Gennen-Mücke (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und
 Mittelbau-Dora), Anna Schlieck (Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf)
- Werkstatt 6: »Hidden Codes« –**
Wie können wir Jugendliche mit Mobile Games erreichen?
 Hami Nguyen (Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt),
 Céline Wendelgaß (Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt)
- ab 19 Uhr *Abendessen und individueller Erfahrungsaustausch*

Samstag, 2. Juli 2022

- ab 6.45 Uhr *Frühstück*
- 8.30–09.30 Uhr **Tagungsreflexion in Kleingruppen**
- 9.30–11.15 Uhr **Abschlussvorträge: Inklusion an Orten der Erinnerung im Kontext von**
Behinderung und Beeinträchtigung
 Prof. Dr. Meike Günther (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin)
Diskriminierungskritische Bildungsarbeit in den Nachwirkungen
der NS-Ideologie – geschichtsbewusste Thematisierung von Rassismus,
Antisemitismus und Antiziganismus in der Gegenwart
 Prof. Dr. Astrid Messerschmidt (Bergische Universität Wuppertal)
- 11:15–11.30 Uhr *Kaffeepause*
- 11.30–12 Uhr **Tagungskommentar: Gottfried Köbler (Fritz Bauer Institut, Verunsichernde Orte)**
- 12–13 Uhr **Abschlussdiskussion**
 Prof. Dr. Meike Günther, Gottfried Köbler, Prof. Dr. Astrid Messerschmidt
Moderation: Dr. Elke Gryglewski (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten –
 Gedenkstätte Bergen-Belsen)
- ab 13 Uhr *Mittagsimbiss und Seminarende*

Literatur

- Anniser, Marco; Anniser Michaela (2021): Die NS-Außenpolitik und der Zweite Weltkrieg. Angriff auf die Welt. Braunschweig: Westermann.
- Arnim, Uta von (2021): Das Institut in Riga. Die Geschichte eines NS-Arztbesuches und seiner »Forschung«. Eine Spurensuche. München: Nagel & Kimche.
- Babeş-Fruchter, Adina; Bărbulescu, Ana (Hg.) (2021): The Holocaust in South-Eastern Europe. Historiography, archives resources and remembrance. Wilmington, Delaware: Vernon Press.
- Bauerkämper, Arnd; Kaelble, Hartmut (Hg.) (2021): Europa. Visionen und Praxis im 20. und 21. Jahrhundert. Berlin: Metropol-Verlag.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (2021): Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr. Berlin: Metropol-Verlag.
- Bergler, Sabine; Freund, Michael (2019): Die drei mit dem Stift. Lily Renée, Bil Spira & Paul Peter Porges. Wien: Jüdisches Museum Wien.
- Bergmann, Werner (2020): Tumulte – Exzesse – Pogrome. Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa 1789–1900. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Beyer, Christof (2020): In Gegenwart der Vergangenheit. Die Reintegration von Täterinnen und Tätern der NS-«Euthanasie» in Niedersachsen nach 1945. Köln: Psychiatrie Verlag.
- Bilewicz, Wolfgang (2021): Erinnerungskultur im Geschichtsunterricht in Bayern und Österreich am Beispiel des Holocaust. Von der Stunde Null bis ins 21. Jahrhundert. München: utzverlag.
- Borchers, Roland; Bothe, Alina; Nesselrodt, Markus; Wierzcholska, Agnieszka (Hg.) (2021): Das östliche Europa als Verflechtungsraum. Agency in der Geschichte. Festschrift für Prof. Dr. Gertrud Pickhan. Berlin: Metropol-Verlag.
- Bormann, Kai Uwe (2021): Erziehung in der Bundeswehr. Konzeption und Implementierung militärischer Erziehungsgrundsätze in der Aufbauphase der Bundeswehr 1950–1965. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg (Beiträge zur Militärgeschichte, 79).
- Bost, Mélanie; Vrints, Antoon (Hg.) (2021): Doing justice in wartime. Multiple interplays between justice and populations during the two World Wars. Cham: Springer.
- Brayard, Florent; Wirsching, Andreas (Hg.) (2021): Historiciser le mal. Une édition critique de »Mein Kampf«. Paris: Fayard.
- Browning, Christopher R.; Hayes, Peter; Hilberg, Raul (2020): German railroads, Jewish souls. The Reichsbahn, bureaucracy, and the final solution. New York, Oxford: Berghahn.
- Bühl, Achim (2021): Die Shoah. Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Wiesbaden: Marix Verlag.
- Burkard, Benedikt u.a. (Hg.) (2022): Eine Stadt macht mit. Frankfurt und der NS. Historisches Museum Frankfurt: Michael Imhof Verlag.
- Burkhardt, Hannes (2021): Geschichte in den Social Media. Nationalsozialismus und Holocaust in Erinnerungskulturen auf Facebook, Twitter, Pinterest und Instagram. Göttingen: V&T unipress (Beihefte zur Zeitschrift für Geschichtsdidaktik, 32).
- Cilek, Roman (2021): Gleise in den Tod. Holocaust. Hamburg: tredition.
- Clauss, Martin; Nübel, Christoph (Hg.) (2020): Militärisches Entscheiden. Voraussetzungen, Prozesse und Repräsentationen einer sozialen Praxis von der Antike bis zum 20. Jahrhundert. Frankfurt, New York: Campus Verlag (Krieg und Konflikt, 9).
- Conze, Eckart (2021): Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Deutscher Museumsbund (Hg.) (2021): Leitfaden Umgang mit menschlichen Überresten in Museen und Sammlungen. Berlin: Deutscher Museumsbund e.V.
- Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hg.) (2021): Die Alliierten und die geteilte Stadt. Kalter Krieg in Berlin. Berlin: Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst.
- Domeier, Norman (2021): Weltöffentlichkeit und Diktatur. Die amerikanischen Auslandskorrespondenten im »Dritten Reich«. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Erlacher, Trevor (2021): Ukrainian nationalism in the age of extremes. An intellectual biography of Dmytro Dontsov. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Fairweather, Jack (2021): A rebel in Auschwitz. The true story of the resistance hero who fought the Nazis' greatest crime from inside the camp. New York: Scholastic Focus.
- Falk, Georg D.; Stump, Ulrich; Hartleb, Rudolf H. (2020): Willige Vollstrecker oder standhafte Richter? Die Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main in Zivilsachen von 1933 bis 1945. Marburg: Historische Kommission für Hessen (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen).
- Friedländer, Saul; Frei, Norbert; Steinbacher, Sybille (Hg.) (2022): Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkung zum neuen Streit über den Holocaust. München: C. H. Beck.
- Gailus, Manfred (2021): Gläubige Zeiten. Religiosität im Dritten Reich. Freiburg, Basel, Wien: Herder.
- Garnarcz, Joseph (2021): Begeisterte Zuschauer. Die Macht des Kinopublikums in der NS-Diktatur. Köln: Herbert von Halem Verlag.

- Geiger, Tim; Lillteicher, Jürgen; Wentker, Hermann (Hg.) (2021): Zwei plus Vier. Die internationale Gründungsgeschichte der Berliner Republik. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 123).
- Goos, Christiane (2020): »Ich habe mich geschämt, daß ich zu denen gehöre ...«. Rettungswiderstand in der Wehrmacht im besetzten Polen 1939 bis 1945. Weilerswist-Metternich: Velbrück Wissenschaft.
- Griffin, Roger (2020): Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung. Stuttgart: ibidem Verlag.
- Halicka, Beata (2021): Borderlands Biography. Z. Anthony Kruszewski in Wartime Europe and Postwar America. Paderborn: Brill Schöningh.
- Hallon, Ludovit (2021): Die Slowakei und NS-Deutschland. Über die Rolle des Satellitenstaates für die »deutsche Großbrauwirtschaft«. Stuttgart: ibidem Verlag.
- Hammett, Beate (2020): Schritte über den Abgrund. Berlin: AphorismA Verlag.
- Harms, Ingo (2021): Der Verband. Anstaltsfürsorge zwischen Rassenhygiene, Bereicherung und Kommunalpolitik (Oldenburg 1924–1960). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Henry, Alexander (2021): War through Italian eyes. Fighting for Mussolini. 1940 – 1943. London, New York: Routledge, Taylor & Francis Group.
- Holzschuh, Ingrid; Plakolm-Försthuber, Sabine (2021): Auf Linie. NS-Kunstpolitik in Wien. Die Reichskammer der bildenden Künste. Basel: Birkhäuser Verlag.
- Höpken, Wolfgang (2020): Wissenschaft – Politik – Biografie. Die deutsche Südosteuropaforschung und ihre Akteure am Beispiel von Franz Ronneberger (1930er bis 1990er Jahre). Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg (Südosteuropäische Arbeiten).
- Jankowski, Paul; Josef, Bernhard (2021): Das Wanken der Welt. Wie 1933 der Weltfrieden verspielt wurde. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Janneck, Rouven (2020): Forschung und Unternehmenswandel. Die Steuerung der Unternehmensforschung und die Transformation der Bayer AG (1945–1984). Essen: Klartext.
- Kießling, Friedrich; Safferling, Christoph (2021): Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF. München: dtv.
- Klausmeier, Kathrin (2020): »So eine richtige Diktatur war das nicht...«: Vorstellungen Jugendlicher von der DDR. Geschichtspolitische Erwartungen und empirische Befunde. Göttingen: V&R unipress (Beihefte zur Zeitschrift für Geschichtsdidaktik, 20).
- Knoch, Habbo (2020): Geschichte in Gedenkstätten. Theorie – Praxis – Berufsfelder. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.
- Kornmayer, Paul (2018): Verfolgt, deportiert, ermordet. Die Geschichte der Sinti in Hersbruck 1939–1945. Hersbruck: Dokumentationsstätte KZ Hersbruck.
- Kunkeler, Nathaniel D. B. (2021): Making fascism in Sweden and the Netherlands. Myth-creation and respectability, 1931–40. London u.a.: Bloomsbury Academic.
- Kwiatkowski, Jerzy (2021): 485 days at Majdanek. Stanford, California: Hoover Institution Press.
- Landau, Julia; Heitzer, Enrico (Hg.) (2021): Zwischen Entnazifizierung und Besatzungspolitik. Die sowjetischen Speziallager 1945–1950 im Kontext. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Lapp, Peter Joachim (2021): Armee im Schatten. Militärgeschichtliche Studie zur 17. Armee im 2. Weltkrieg. Aachen: Helios.
- Lawaczek, Axel (2021): Fuchsrot und feldgrau. München: Volk Verlag.
- Lehnstaedt, Stephan (Hg.) (2021): Schuld ohne Sühne. Deutschland und die Verbrechen in Polen und im Zweiten Weltkrieg. Berlin: Metropol-Verlag.
- Leuenberger, Martin (2021): Margot Ringwald. Das Leben. Eine jüdische Geschichte aus Czernowitz. Wien, Köln: Böhlau Verlag.
- Loges, Kai; Langen, Andreas (2021): Nebenban Auschwitz. Die Nachbarschaften der Lager Auschwitz I–III. Stuttgart: Hartmann Projects Verlag.
- Lohse, Alexandra (2021): Prevail until the bitter end. Germans in the waning years of World War II. Ithaca (New York), London: Cornell University Press.
- Machtan, Lothar (2021): Der Kronprinz und die Nazis. Hohenzollerns blinder Fleck. Berlin: Duncker & Humblot.
- Markiewicz, Paweł (2021): Unlikely allies. Nazi German and Ukrainian nationalist collaboration in the General Government during World War II. West Lafayette: Purdue University Press.
- Marten, Tim (2022): Beihilfe zum Massenmord an den europäischen Juden. Eine kritische Würdigung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs im Beschluss vom 20. September 2016 sowie die Generalisierung des Lösungsansatzes unter Darstellung und Anwendung von Restriktionskriterien. Berlin: Duncker & Humblot.
- Mehring, Reinhard (2021): Carl Schmitts Gegenrevolution. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- Miyake, Masaki (2021): Deutschland und Japan. 1933–1975. München: Iudicium.
- Morley, Nathan (2021): Radio Hitler. Nazi Airwaves in the Second World War. Stroud: Amberley Publishing.
- Müller, Filip (2022): Sonderbehandlung. Meine Jahre in den Krematorien und Gaskammern von Auschwitz. Darmstadt: wbg Theiss.
- Munier, Julia Noah (2021): Lebenswelten und Verfolgungsschicksale homosexueller Männer in

- Baden und Württemberg im 20. Jahrhundert. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Nord, Philip (2020): After the deportation. Memory battles in postwar France. Cambridge, New York, Port Melbourne: Cambridge University Press.
- Podbrecky, Inge (2020): Unsichtbare Architektur. Bauen im Austrofaschismus. Wien 1933/1934–1938. Innsbruck, Wien: Studien Verlag.
- Raasch, Markus (Hg.) (2020): Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße und der Nationalsozialismus. Münster: Aschendorff Verlag.
- Radonić, Ljiljana (2021): Der Zweite Weltkrieg in postsozialistischen Gedenkmuseen. Geschichtspolitik zwischen der »Anrufung Europas« und dem Fokus auf »unser Leid«. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Renz, Werner (2021): Der Staat Israel gegen Adolf Eichmann. Das Urteil. Mit einer Einführung von Werner Renz und einem Nachwort von Leora Bilsky. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- Roland, Paul (2021): Hitler and his inner circle. Chilling profiles of the evil figures behind the Third Reich. London: Arcturus.
- Różycki, Sebastian; Kopówka, Edward; Zalewska, Natalia (2021): Obóz Zagłady Treblinka II. Topografia zbrodni. Warszawa, Treblinka: Wydział Geodezji i Kartografii Politechnika Warszawska, Muzeum Treblinka.
- Rückert, Joachim (2018): Unrecht durch Recht. Zur Rechtsgeschichte der NS-Zeit. Tübingen: Mohr Siebeck (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, 96).
- Rudorff, Andrea (2021): Die Lager Schlesiersee I und II. Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen. Dresden: Deutsch-Polnische Gesellschaft Sachsen e.V.
- Savosnick, Robert (2021): Ich wollte nicht sterben. Als Norweger in Auschwitz. Berlin: Metropol-Verlag.
- Schade, Anja (2021): Sachor! Aus dem Leben der jüdischen Hannoveranerin Ruth Gröne. Hannover: Wehrhahn Verlag.
- Schaller, Berndt (2021): Christlich-akademische Judentumsforschung im Dienst der NS-Rassenideologie und – Politik. Der Fall des Karl Georg Kuhn. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schmidt, Bernd; Vitz, Traugott (2021): Fliegermorde in und um Buttstädt 08. Et 15. 3. 1945. Weimar: Blueprint.
- Schmidt, Wolfgang (2020): Die Führungsakademie der Bundeswehr als historischer Ort. Ein geschichtlicher Streifzug durch 100 Jahre. Hamburg: KJM Buchverlag.
- Schön, Peter (Hg.) (2012): »... nur wir Betroffenen wissen, durch welche Hölle wir gegangen sind.« Ljubiša Letić: Überlebender der Lager Flossenbürg und Hersbruck. Ein Zeitzeugenbericht. Hersbruck: Dokumentationsstätte KZ Hersbruck.
- Schön, Peter (2019): Häftlingsbuch. KZ Hersbruck. Hersbruck: Dokumentationsstätte KZ Hersbruck.
- Schuch, Daniel (2021): Transformationen der Zeugenschaft. Von David P. Boders frühen Tonbandaufnahmen zur Wiederbefragung als Holocaust Testimony. Göttingen: Wallstein Verlag (Buchenwald und Mittelbau-Dora – Forschungen und Reflexionen, 1).
- Schultz, Tanjev (Hg.) (2021): Auf dem rechten Auge blind? Rechtsextremismus in Deutschland. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Schwendemann, Lisa (2020): Amateurtheaterprojekte zu Holocaust und Nationalsozialismus. Eine qualitative Studie zur Erinnerungskultur im 21. Jahrhundert. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS. Shaul, Michal (2021): Holocaust memory in ultraorthodox society in Israel. Bloomington: Indiana University Press.
- Skopal, Pavel (2021): Film professionals in Nazi-occupied Europe. Mediation between the national-socialist cultural »New Order« and local structures. Cham: Palgrave Macmillan.
- Spraul, Gunter Leopold (Hg.) (2020): Leopold Schuhmachers Weg zur Marine. Vom Dänholm zur »Horst Wessel« (1937). Berlin: Frank & Timme.
- Starck, Wilfried (2021): Hamburger Kirchen im Zweiten Weltkrieg. Gottesdienstliche Stätten aller Konfessionen, die in der Zeit vom 13. März 1941 bis zum 8. April 1945 in Hamburg durch britische oder amerikanische Luftangriffe zerstört oder schwer beschädigt wurden. Nordhausen: Verlag Traugott Bautz GmbH.
- Stellbrink-Kesy, Barbara (2020): Unerhörte Geschichte. Frei – aber verpönt. Berlin: Verlag am Turm.
- Strube, Sonja Angelika, u.a. (Hg.) (2021): Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus: Mobilisierung – Vernetzung – Transformation. Bielefeld: transcript.
- Tewes, Ludger (2020): Die Panzergrenadierdivision »Großdeutschland« im Feldzug gegen die Sowjetunion 1942 bis 1945. Essen: Klartext.
- Tönsmeier, Tanja (Hg.) (2021): Fighting hunger, dealing with shortage. Everyday life under occupation in World War II Europe: A source edition. 2 Bände. Leiden, Boston: Brill.
- Türke, Georg (2021): Erich Lodemann. Ein deutscher Widerstandskämpfer. Sein mutiges Leben. Unser Gedenken. Berlin: Bürgerkomitee Plänterwald.
- Verein »Initiative KZ-Gedenken in Spaichingen« (Hg.) (2021): »Sie waren nur Haut und Knochen«. Das KZ Spaichingen 1944/1945. Arbeitssklaven für den »Totalen Krieg«. Spaichingen: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Gedenkstätten im Internet

GedenkstättenForum ■ www.gedenkstaettenforum.de

Seit 2002 ist das GedenkstättenForum im Internet. Das von der Stiftung Topographie des Terrors konzipierte Online-Forum wurde auf die speziellen Bedürfnisse der Gedenkstätten zugeschnitten und dient als interaktive Kommunikationsplattform mit werktäglicher Presseschau, Veranstaltungshinweisen, Hinweisen auf und Besprechungen von Publikationen, Beiträgen des GedenkstättenRundbriefs, Projekthinweisen, PublicNewsgroup, Stellenanzeigen, Linksammlung.

Internationale Gedenkstättenübersicht ■ www.gedenkstaetten-uebersicht.de

Eine weltweite Gedenkstättenübersicht der bedeutendsten Gedenkstätten, Museen und Forschungseinrichtungen, die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen, erweitert die seit fünf Jahren zu Deutschland bestehende Übersicht. Dieser bisher einzigartige Überblick ist nach Kontinenten und Ländern sowie inhaltlichen Kriterien sortiert.

Die Einzeldarstellungen der Gedenkstätten bieten kurze historische Informationen zu den jeweiligen Orten, eine Beschreibung der Tätigkeiten der Einrichtungen, Links zu den Homepages, Anfahrtshinweise sowie Adressen. Neben diesen Darstellungen werden auch die unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsweisen der internationalen Erinnerungsorte sichtbar. Die internationale Gedenkstättenübersicht der Stiftung Topographie des Terrors bietet grundlegende Informationen und stellt die Basis für eine weltweite Vernetzung der Gedenkorte dar. Die englische Sprachfassung ist direkt zu finden unter www.memorial-museums.net.

Stiftung Topographie des Terrors ■ www.topographie.de

Die Webseite der Stiftung Topographie des Terrors bietet historische Informationen zu den Zentralen des NS-Terrors auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« in Berlin sowie zur Entwicklung der Stiftung und zum Dokumentationszentrum. Darüber hinaus bietet die Homepage Hinweise zu Veranstaltungen, Sonderausstellungen, Publikationen, pädagogische Angebote und ein Ausstellungstagebuch. Die Beiträge sind in Deutsch und Englisch verfügbar. Auf der Webseite finden sich zudem Informationen zum Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide, das seit 2006 von der Stiftung Topographie des Terrors betreut wird.

Das GedenkstättenForum auf Facebook: [@gedenkstaettenforum](https://www.facebook.com/gedenkstaettenforum)

Auf Facebook verweist das GedenkstättenForum werktäglich auf Beiträge aus der Presseschau sowie auf Veranstaltungen der Gedenkstätten. Es bildet hiermit die Vielfalt der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland und international ab und fördert die Sichtbarkeit der einzelnen Einrichtungen. Daneben ist es das Sprachrohr des Gedenkstättenreferates der Stiftung Topographie des Terrors.

Herausgeber:
Stiftung Topographie des Terrors
Niederkirchnerstraße 8
10963 Berlin
Telefon (030) 254509-15
lutz@topographie.de
www.topographie.de



Redaktion: Dr. Thomas Lutz
Gestaltung: Kurt Blank-Markard
Druck: Druckteam Berlin
Gegründet 1983 von der Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste e.V., Berlin

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Senatsverwaltung
für Kultur und Europa

be  **Berlin**